

MfS-Informationen vor allem aus universitären Einrichtungen der DDR im Herbst 1989,
dokumentiert vom Zentralen Operativstab (ZOS) im Lagezentrum des Ministeriums für
Staatssicherheit

DOKUMENT: BStU, MfS, ZOS, 2041, Teil 2, Bl. 265 bis 495

Veröffentlicht durch www.bpb.de/stasi im Februar 2017 / Copyright: www.bstu.de

BStU
Archiv der Zentralstelle



MfS ZOS

Nr. 2041

Teil 2 von 2 Teilen

Kopie BStU
AR 3

BSIU
000258

MfS *212 18023181*
- 393 -
12. OKT. 1989
Tgb. Nr. *286.2189*
Weiter an: *Witt 2 / hz / ms*

LZ ed.

Kopie an HA XX, ZFIG

Stab 1E/4798/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPPIEN:	BStU
Originale an DE zurück: ja/nein*	000261
Kopien insgesamt:	

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: **Zur Situation an der HUB/Sektion Chemie**

Tgb.-Nr./Datum: **12.10.89**

bestätigt: *Ri.*

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *	

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie) / SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
	Ausgabeverfahren / Abstimmung gem. 11/79				
1. Student Chemie/HUB whft: 1017, [redacted]	A	I B 2 1 6 2			
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
2. HUB/Sektion Chemie					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
3. Student Chemie/HUB whft: 1017 Berlin					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)	nicht überpr.	nicht überpr.	nicht überpr.
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits abgegeben) isted.**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS BV Berlin/AKG XX ord. ZAB od.**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: **inoffiziell**

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN *** Datum/Signum: ***				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 460
 * Nichtzutreffendes streichen
 ** Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
 *** Reihenfolge eintragen

Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

BStU

000265

Rücksendung zur Ergänzung/Koordinierungsmaßnahmen

I N F O
über S

Inhaltliche Ergänzungen zur Originalinformation (beachte Informationsbedarf gem. 11/79)

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

	MfS	Mdl		MfS	Mdl		MfS	Mdl
Bißspur			Geruchskonserven			Schuhspur		
Blutspur			Handschuhspur			Schußspur		
Botanische Spur			Papillarteistenspur			Sekretspur		
Druckrille			Rauchspur			Substanzspur		
Fahrzeugspur			Rißspur			Stimmkonserven		
Farbspur			Schrift			Werkzeugspur		

I N F O R M A T I O N

über Stimmungen und Meinungen an der HUB/Chemie

An der Einrichtung herrscht derzeit eine sehr gereizte und unruhige, zum Teil labile Stimmung. Das betrifft sowohl die Studenten (insbesondere des 3., 4. und 5. Studienjahres), nicht so stark ausgeprägt auch technische Angestellte (hier besonders den Bereich Werkstätten/Versorgung) sowie Wissenschaftler.

Es finden zunehmend Zusammenkünfte einzelner zwecks Meinungsbildung "Nachdenken über notwendige Veränderungen", "Überlegen von Aktivitäten" usw. statt bzw. werden Versuche unternommen, Veranstaltungen dazu zu benutzen (z. B. am 10. 10. 1989 eine ML-Veranstaltung durch die Studenten [REDACTED] - [REDACTED] [REDACTED] ([REDACTED] , Berlin, 1017 benutzt, um Unterschriften für eine Eingabe an den Staatsrat wegen Auskunft über die Inhaftierung ihres Kommilitonen [REDACTED] zu fordern, der am 6. 10. 1989 im Zusammenhang mit den Dresdener Ereignissen inhaftiert worden ist). Wegen der Spontanität solcher Aktion ist es zunehmend schwieriger, Einfluß zu nehmen und die Führung der Prozesse zu sichern. Dies umso mehr, als auch ein Teil der jungen Genossen (in diesem konkreten Fall und Studienjahr insbesondere der Gen. [REDACTED] in besonders auffälliger und aggressiver Weise) zu Solidarisierung und Identifizierung neigt.

Als verursachende Faktoren werden in Diskussionen immer lauter und nachhaltiger Argumente folgender Art benutzt:

- die SED (ganz besonders die Parteiführung) ignoriert seit Jahren die Forderungen nach besserer, sachgemäßer und wahrer Information über unser Leben, unseren Alltag, unsere Situation; nach Überwindung der Kluft zwischen dem, was Zeitung, Funk und Fernsehen schildern und dem, was der Bürger im Alltag erlebt;
- alle Reden und anderen Meinungsäußerungen führender Genossen von Partei und Regierung enthalten stets das gleiche beschönigende Vokabular, es wird keine Analyse unseres Entwicklungsstandes sichtbar und damit jeder Verweis auf eine im Nebel liegende sonnige Zukunft unglaubwürdig;
- das werktätige Volk ist seit Jahren zunehmend zum Zuhören und Rätselraten (bezüglich des Schlüsselcharakters von Reden) verurteilt, weder die Regierung noch die Parteiführung sind im konstruktiven Dialog mit ihrem Staatsvolk, dem politische Mündigkeit und Aufgeklärtheit andererseits nicht abgesprochen wird und werden kann;
- wenn sich dieses Volk nun andere Kanäle und eventuell auch Organisationsformen schafft, um sich zu Wort zu melden, so ist dies nur natürlich;

- gerade darin liegt aber auch die Gefahr des Mißbrauchs durch antisozialistische Kräfte - wenn das passiert, haben die die Verantwortung dafür zu tragen, die selbst ihre Verantwortung nicht wahrgenommen haben, um sich in verständlicher, ehrlicher und realistischer Weise zum Dialogpartner zu machen ("Wann hat der Generalsekretär in den letzten 10 bis 15 Jahren mal einen Quadratmeter DDR-Boden betreten, der nicht extra für ihn tage- und wochenlang vorher präpariert wurde, wann er hat zum letzten Mal mit DDR-Bürgern gesprochen, die nicht für diesen Kontakt sorgfältig ausgewählt und darauf vorbereitet worden sind; wer ist das, der ihn so vor seinem Volk abschirmt usw.");
- kritisch angesprochen wird das Geflecht von protollarischen und außerprotokollarischen Privilegien;
- die Jugendfreunde lehnen rundweg die "Führungsanmaßung" durch E. Aurich ab (schlimme Artikulierungen werden laut!);
- zahlreiche Genossen fühlen sich durch die Parteiführung im Stich gelassen;
- es werden Fragen gestellt, wessen Macht kein "Spielzeug" sei oder ob nicht gerade die bisher beobachtbare Reaktionsunfähigkeit geeignet sei, die Macht unserer Partei aufs Spiel zu setzen;
- Führungsanspruch der SED wird zunehmend in Frage gestellt, immer häufiger werden Rücktrittsforderungen (führender Politiker) ins Gespräch eingebracht;
- Argumente für ruhige, sachliche und uneingeschränkt offene, aber weder feindselige, provokative noch Personen oder Institutionen herabwürdigende Diskussion aller uns bewegender Fragen werden immer weniger wirksam mit dem Hinweis: was nutzt das, wenn wir die Dinge diskutieren, die wir ja doch nicht ändern können, woraus immer weniger steuerbar Forderungen nach Aktionen, Wortmeldungen ... abgeleitet werden.

Soweit einige auf aus Diskussionen der letzten 2 Wochen stammenden Zitaten beruhende Untersetzung der Feststellung einer sehr angespannten politischen Situation und eines deutlich labiler gewordenen ideologischen Klimas, in welchem mehr nach Argumenten gegen als für Stabilisierung der Lage Ausschau gehalten zu werden scheint.

Berlin, den 09.10.1989

BERLIN 1017

BStU

000268

Staatsrat der DDR
Abt. Inneres
Marx-Engels-Platz
BERLIN 1020

Betrifft:

Verhaftung unseres Kommilitonen [REDACTED]

Wir haben erfahren, daß [REDACTED], wohnhaft in 8054 Dresden, [REDACTED], am Freitag, den 06.10.1989 abends auf der Prager Str. verhaftet wurde und sich derzeit aufgrund eines Schnellverfahrens in der Bautzener Haftanstalt befinden soll.

Da wir mit ihm eng befreundet sind, geht uns diese Verhaftung sehr nahe und hat uns tief bestürzt. Wir bitten deshalb, daß wir umgehend über den näheren Sachverhalt informiert werden und es uns so schnell, wie möglich gestattet wird, mit ihm in Kontakt zu treten.

Dazu benötigen wir seine derzeitige Adresse.

Wir kennen [REDACTED] als einen gewissenhaften, sehr guten Studenten (-so erhält er bspw. ein Leistungsstipendium-), der sich für die Belange unserer Zeit engagiert und informiert, aber keinesfalls unserer Meinung nach als "staatsfeindlich" einzuschätzen ist. Wir wissen, daß er stets ruhig, unsichtig und zugleich wohlüberlegt handelt, d.h., sich nicht zu spontanen gesetzeswidrigen Handlungen hinreißen läßt.

Aufgrund dessen bitten wir darum, eine sofortige Überprüfung seines Falles einzuleiten, damit er in Falle seiner Unschuld wieder in den Studienprozeß integriert werden kann und ihm nicht eine seinen Fähigkeiten entsprechende Zukunft in der DDR verbaut wird.

Wir bitten diesen Brief als Eingabe anzusehen!

Hochachtungsvoll

[REDACTED]

[REDACTED]

Sofort

Stab/E/4800/89

21E 2034/89 BStU

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:	000269
Originale an DE zurück: ja/nein*	
Kopien insgesamt:	

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: **Situation AdW/ZIM - Geplantes Forum am 13.10.89**

Tgb.-Nr./Datum:	12.10.89			
bestätigt:				

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *	

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie) / SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
	Ausgabeverfahren / Abstimmung gem. 11/79				
1. AdW/ZIM	A	I B 2 1 3 2			
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
2. AdW/ZIM	A	I B 2 1 3 2			
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
3. AdW/ZIM	A	I B 2 1 3 2			
	A/B/C/D/E * ja/nein *				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)	alle Personen nicht überprüft		
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS,**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: **inoffiziell**

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN	***	***	***	*** Datum/Signum: ***
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

BStU

000270

Rücksendung zur Ergänzung/Koordinierungsmaßnahmen

Inhaltliche Ergänzungen zur Originalinformation (beachte Informationsbedarf gem. 11/79)

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

	MfS	Mdl		MfS	Mdl		MfS	Mdl
Bißspur			Geruchskonserven			Schuhspur		
Blutspur			Handschuhspur			Schußspur		
Botanische Spur			Papillarleistenspur			Sekretspur		
Druckrille			Rauchspur			Substanzspur		
Fahrzeugspur			Rißspur			Stimmkonserven		
Farbspur			Schrift			Werkzeugspur		

Information der HVH XIII

Information
zur aktuellen Situation in einem Bereich des Zentralinstitutes für
Molekularbiologie (ZIM) der AdW

Aus der Abteilung Zellphysiologie wurde bekannt, daß für den
13. 10. 1989 durch die FDJ-Leitung des ZIM ein Forum vorberei-
tet wird, das durch [REDACTED] vom ZIM getragen werden soll.
Bei [REDACTED] handelt es sich um einen aktiven Anhänger der
Gruppe "Neues Forum".

Als ein weiterer Unterzeichner des Gründungsdokumentes des "Neuen
Forums" wurde der Wissenschaftler [REDACTED], Abteilung
Zelldifferenzierung des ZIM, bekannt.

Es wird eingeschätzt, daß die Abteilung Zellphysiologie eine der
gegenwärtig aktivsten im Sinne des Engagements für feindlich-
negative Aktien ist. Als Mittelpunkt kristallisiert sich offen-
sichtlich [REDACTED] heraus, der gesprächsweise gegen-
über [REDACTED] Möglichkeiten seiner Verhaftung einkal-
kulierte und Vorkehrungen für die Versorgung seiner Kinder sucht.

Die Situation in der Abteilung Zellphysiologie ist durch grobe
Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin charakterisiert. Die in der
Abteilung wirkenden feindlich-negativen Kräfte behaupten gegen-
wärtig, aufgrund ihres "gesellschaftlichen Engagements" nicht zu
konstruktiver wissenschaftlicher Arbeit fähig zu sein. Maßnahmen
der staatlichen Leitung zur Regulierung dieses Zustandes sind
nicht zu erkennen!

Die Information wurde von einer KP erarbeitet, die in der Lage
ist, die Entwicklung der Situation regelmäßig zu verfolgen.
Es wird um Quellenschutz gebeten.

Verteiler: Original GD-Mi

Kopien an HVH XIII u. ZHIG

15.10.89

Info v. HV A XIII

Information
über ein geplantes FDJ-Forum am AdW-Zentralinstitut für Molekularbiologie

BSU
000272

Inoffiziell wurde bekannt, daß das geplante FDJ-Forum nicht am 13. 10., sondern am 17. 10. 89 am ZIM stattfindet. Seit 12. 10. 1989 hängt im ZIM eine entsprechende Information der FDJ aus.

Der wichtigste Gast dieses Forums wird das Gründungsmitglied des "Neuen Forums" [redacted] sein, der dort Gelegenheit erhält, seine Auffassungen und Ziele darzustellen und in den Dialog mit den FDJlern zu treten.

Die Quelle ist überprüft und zuverlässig.

HA XIII wurde i. Kto. gesetzt.

A. Maßnahmen KL SED + FDJ
(Klärverhältnis) Aggressionen!
gegen [redacted]

pm.
15.10.
89

HVA XV

Stab/EI 4801/89
Berlin, 12. Oktober 1989

BStU
000273

MIS EIL 6099 18	
- 393 -	
10 OKL 1989	
Tgb. Nr. 2927/89	0
Wektor es: [Signature]	[Signature]

Kopie
Z. FIG
HF XMM
erl. Uo

BERICHT
über Stimmungen und Meinungen
im HO WtB Berlin, BT Mitte

- Am Montag, 9. 10., wurden die Genossen in mehreren Gruppen zusammengenommen und der Parteisekretär [redacted] und der Verantwortliche der Kreisleitung Mitte für Handel/Versorgung informiert über die Ereignisse vom 7./8. 10.
- Meinung der Genossen:
"Säuberung" der Partei von innen heraus, d. h. passive Genossen ("Mitläufer") schaden der Partei.

Ursachen der RF muß ergründet und Schlußfolgerungen gezogen werden, dabei sollte auch in jedem Betrieb nicht auf Entscheidungen "von oben" gewartet werden, sondern jeder Genosse soll selbstkritisch seine vergangene Arbeit einschätzen.
- Berichte des Fernsehens und der Presse werden nicht geglaubt - "alles sei frisiert"
- Viele Kolleginnen haben Angst, daß es zu brutaleren Auseinandersetzungen kommt.
- Vereinzelt auch Kritik am brutalen Vorgehen der Polizei.
- An Rowdies und Randalierer wird nicht geglaubt - die Demonstranten waren "doch friedlich" ...
- Viele sagen, daß sich E. Honecker so einen "Abgang" nicht verdient hat und warum die "Alten" denn nicht endlich merken, daß ihr "bewährter Kurs" seit langem nicht mehr funktioniert.
- Das Jahr 1989 brachte nur Verschlechterungen, Verbesserungen sind seit ca. 3 - 4 Jahren nicht mehr spürbar.
- Demokratie fehlt oft, z. B. bei Plandiskussionen darf zwar jeder seiner Meinung sagen, aber Antworten gibt es keine, nur Versprechungen, die nicht gehalten werden - Planzahlen sind dann letztendlich doch wieder anders als diskutiert.
- Diskrepanz zwischen den Erfolgsmeldungen der Medien und den tatsächlichen Situationen in den Betrieben.
- Jugendliche wurden oft "gezwungen", gesellschaftlich aktiv zu sein - Berichte wurden manipuliert und frisiert, ihnen wurde alles zu leicht gemacht.
- Ungerechtigkeit: Vorteile für Künstler bezüglich Reisen, Bezahlung (Bsp. Plathe)

Verteilt: ZOS
HVA VII
1x Ablage

BV Berlin AK5

- Ministerien und Verwaltungsapparat ist so aufgebläht wie in SU, ohne das etwas erreicht wird.
- Privilegierte Schichten in der DDR
 - Leute, die Westgeld und Westverwandtschaft haben
 - Künstler (auch wenn sie den größten "Mist" bringen, können sie "rüber" fahren, Bsp. Lippi)
 - Ministerien (bevorzugte Versorgung!)
 - SED-Kreisleitungen, FDJ-Kreisleitungen (bevorzugte Einkaufsmöglichkeiten, Karten für kulturelle Veranstaltungen)

Zur Arbeit der Leitungen im BT Mitte

- Parteisekretär informierte nur, aber konkrete Maßnahmen für den Betrieb werden nicht abgeleitet.
- Von der staatlichen Leitung erfolgt keine Reaktion.
- BGL hielt sich bis jetzt ganz raus.

gez.: inoffiziell

F. d. R. d. A.

Lehmann

Lehmann
Hauptmann

HVA

MFS	EW	22/00	BSIU
- 393 -		000275	
16	OKL	1989	0
Tgh. Nr.	2928189		
Welter nr.	Welter. J. Mrs.		

exp. also
Kopie zu HIG, HA XX

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: **Zur Situation an der Sektion Mathematik/TH Leuna-Merseb.**

Tgb.-Nr./Datum:	12.10.89			
bestätigt:				

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie) / SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB														
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.														
	Ausgabeverfahren / Abstimmung gem. 11/79																		
1. Zur Situation an der Sektion Mathematik der TH Leuna-Merseburg	A	I	B	5	1	6	6												
	A/B/C/D/E * ja/nein *																		
2.																			
	A/B/C/D/E * ja/nein *																		
3.																			
	A/B/C/D/E * ja/nein *																		

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: Abt. VII (bereits abgegeben)
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: ZOS, BV Halle/AKG, KD Merseburg

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: **inoffiziell**

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN	***	***	***	*** Datum/Signum: ***
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

BStU

000277

Rücksendung zur Ergänzung/Koordinierungsmaßnahmen

Inhaltliche Ergänzungen zur Originalinformation (beachte Informationsbedarf gem. 11/79)

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

	MfS	Mdl		MfS	Mdl		MfS	Mdl
Bißspur			Geruchskonserven			Schuhspur		
Blutspur			Handschuhspur			Schußspur		
Botanische Spur			Papillarteistenspur			Sekretspur		
Druckrille			Rauchspur			Substanzspur		
Fahrzeugspur			Rißspur			Stimmkonserven		
Farbspur			Schrift			Werkzeugspur		

Information
zu Stimmungen und Meinungen an der TH Leuna-Merseburg/
Sektion Mathematik

Die aktuellen Probleme unseres Landes zu Fragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung spielen in den Diskussionen unter den Mitarbeitern sowie Studenten der Sektion Mathematik der TH eine große Rolle. Schwerpunkte bilden dabei Fragen nach einer realitätsbezogenen Medienpolitik, nach einer neuen Regelung der Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger (Vorwurf an den Staat, er vertraue seinen Bürgern nicht) sowie nach den Zielstellungen von oppositionellen Gruppierungen in der DDR. Es muß zum letztgenannten Punkt eingeschätzt werden, daß das Interesse an solchen Gruppierungen nicht in erster Linie darin liegt, sich mit diesen von einer klaren politischen Position ausgehend auseinander zu setzen. Eher rührt das Interesse daher, eventuell dort politische Alternativen oder gewisse Ansätze dazu zu finden.

Allgemein wurde eingeschätzt, daß viele Diskussionen der Studenten oberflächlich sind und nur bestimmte, derzeit problematische Erscheinungsformen des Sozialismus beleuchten. Sehr selten wird jedoch das Wesen des Sozialismus und damit das grundsätzlich Positive dieser Gesellschaftsordnung besprochen.

Weiterhin wurde eingeschätzt, daß sich im Verlauf der Ereignisse der letzten Wochen eine nicht geringe Rat- und Hilflosigkeit entwickelt hat. Die Ursache wird vor allem in den fehlenden Positionierung kompetenter Persönlichkeiten aus der Staats- und Parteiführung gesehen. Ausdruck dieser Rat- und Hilflosigkeit ist oftmals massive destruktive Kritik in den Diskussionen. Dabei wird wieder die Medien- und Reiseproblematik angesprochen, es treten aber auch Meinungen auf, die z. B. den Einsatz der Sicherheitsorgane in Leipzig und anderen Orten der DDR verurteilen. Ganz deutlich zum Ausdruck kam diese pessimistische Grundhaltung unter vielen Studenten in einem 20minütigen Kulturprogramm anlässlich der Feierstunde zum 40. Jahrestag der DDR. Dieses von den Studenten/innen Kauf, Madleuscha, Nitzsche und Wisk gestaltete Programm enthielt hauptsächlich sehr getragene und nachdenkliche Beiträge. Das Lied "Heimat, meine Trauer" charakterisiert den Grundtenor des Programms.

Als sehr problematisch wurde weiterhin der Umstand eingeschätzt, daß es den Diskussionsleitungen in zunehmendem Maße nicht mehr gelingt, die Studenten von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen.

Zu den Genossen der Sektion wird ausgesagt, daß hier noch keine Schwankungen zugelassen wurden. Es wird durch sie versucht, vor allem in vielen individuellen Gesprächen die Situation zu entspannen und optimistische Grundhaltungen zu verbreiten. Dies läuft jedoch nur sehr zögernd ab.

Probleme gibt es unter den Genossen Studenten in der Hinsicht, daß sie dem Druck nur sehr schwer standhalten. Hier wird jedoch energisch versucht, durch die enge Bindung der Genossen Studenten an die Parteimitglieder der Sektion die Kampfkraft zu erhöhen.

BStU *BT*
000279

MfS *E12/1004/18*
— 393 —
13. Okt. 1989
Tgb. Nr. *2888189*
Wohner in: *Alt. D.* *P* *Mrs.*

Kopie HH XY *ex. 110*

Stab/E/4810/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:	BStU
Originale an DE zurück: ja/nein*	
Kopien insgesamt:	000260

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: **Sofortmeldung**

Tgb.-Nr./Datum: 13.10.89

bestätigt: *Freigabeamt*

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsbefugnis **				IK
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *	

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
	Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79				
1.		8 9 2 0			
		A/B/E * ja/nein *			
2.					
		A/B/E * ja/nein *			
3.					
		A/B/E * ja/nein *			

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: HVA/VII, Stelly. HVA erled.
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: ZOS, ZAIG, BV Berlin, XX erled.

ZPDB-Zugriffsbefugnis **			
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: MfS "Hartmut"

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN	***	***	***	*** Datum/Signum: ***
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

* Nichtzutreffendes streichen
 ** Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
 *** Reihenfolge eintragen

BStU

Rücksendung zur Ergänzung/Koordinierungsmaßnahmen

000281

Inhaltliche Ergänzungen zur Originalinformation (beachte Informationsbedarf gem. 11/79)

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

	MfS	Mdl		MfS	Mdl		MfS	Mdl
Bißspur			Geruchskonserve			Schuhspur		
Blutspur			Handschuhspur			Schußspur		
Botanische Spur			Papillarleistenspur			Sekretspur		
Druckrille			Rauchspur			Substanzspur		
Fahrzeugspur			Rißspur			Stimmkonserve		
Farbspur			Schrift			Werkzeugspur		

Anlage

H1071/W
1. 10. 89
BSIU
000282

I n f o r m a t i o n

Am Donnerstag, den 12. 10. 1989, fand in der Zeit von 18.15 Uhr bis 20.00 Uhr im Kinosaal der HUB eine "Studentenversammlung" der beiden Sektionen der Kulturwissenschaften und Germanistik statt. Dazu waren Vertreter aller Sektionen eingeladen sowie als Diskussionspartner Richard Schmidt, 1. Sekretär der FDJ-KL der HUB.

Tagesordnung war:

1. Diskussion und Verabschiedung einer Resolution zur aktuell-politischen Situation in der DDR (genannt "Re-Aktionserklärung)
2. Diskussion über die Schaffung einer Studentenbewegung in oder neben der FDJ

Dem Aufruf waren ca. 300 - 400 Studenten gefolgt.

zu 1.:

Inhalt der Resolution:

- Betroffenheit über die massenhaften Ausreisen, Ausweisungen und Angebote zur Ausreise (Dresden) in die BRD,
- Reiseregulierung in die CSSR löst die Probleme nicht,
- schonungslos Wahrheiten verbreiten; Widerspruch zwischen täglich Erlebtem und in den Medien berichteten,
- friedliche, freiwillige ... Dialoge, auch auf der Straße,
- Forderungen:
 - . Freilassung "polit. Gefangener", die nicht des Rowdytums angeklagt sind,
 - . Diskussion aller anstehender Probleme
 - . Umwandlung der Medien von ideol. "Verteilungs- in Kommunikationsorgane"
 - . offene Informationen
 - . Aufhebung des Wahrheitsmonopols der Partei,
 - . Realisierung des demokratischen Zentralismus (umgeformt in: "Entwicklung einer sozialistischen Demokratie")
 - . Herstellung von Vertrauen
 - . Reisefreiheit
- die Erklärung des Politbüros der SED sei erst ein kleiner Anfang.

In der Diskussion wurden Forderungen erhoben, die Ereignisse über den 7./8. Oktober in Berlin genau zu analysieren (möglichst durch eine Kommission aller beteiligter Gruppierungen) und die Verant-

wortlichen für die Eskalation zu bestrafen. Dazu soll öffentlich Stellung genommen werden.

Im weiteren Diskussionsverlauf schloß man sich einer Resolution von Forschungsstudenten der Sektion Rechtswissenschaften an (Inhalt war Forderungen nach Vervollkommnung der sozialistischen Rechtssprechung). Eine Resolution der Medizin wurde begrüßt. Da darin aber deutlich gemacht worden war, daß man in und mit der FDJ diese Veränderungen auch im eigenen Hause vollziehen wollte, stimmte man dieser Resolution nicht vorbehaltlos zu.

zu 2.:

Richard Schmidt durfte 3 min reden, allerdings wurde ihm kaum Aufmerksamkeit gewidmet.

Nachfolgende Diskussionsredner aus den Kuwiss.-Sektionen und der Sektion Germanistik legten Forderungen bzw. Modelle für neue Organisationen vor:

- Forderungen:
- politisch belegte Maßregelungen, Disziplinarverfahren bis zu Exmatrikulationen sind unzulässig,
 - Begriffssystem und Fragestellung der Geschichte der SED sind fraglich, sie haben keinen wissenschaftlichen Charakter, daher sollte man es fakultativ gestalten
 - ab Fachbereichsebene sollten für politische Diskussionen, mit Gästen nach eigener Wahl möglich sein
 - in der Uni haben Studenten Recht auf "Freie Wand"
 - bei dem Leistungsstipendium soll das Kriterium gesellschaftliche Arbeit nur noch im Sinne von gemeinnützig verstanden werden.

Modelle: 1. "Unabhängige alternative Studentenbewegung"

2. (nicht verstanden)

3. innerhalb der FDJ, aber nur wenn:

- umfassende und radikale Reformen in der FDJ
- Trennung von Staat und Partei und Partei und FDJ
- Jugendtourist wieder funktionsfähiger machen, indem Mitarbeiterzahl verringert wird
- Umstrukturierung des Zentralrats der FDJ, soll aus Vertretern aller Schichten, Weltanschauungen bestehen usw.

4. Studentenparlament

(soll am Montag, 16. 10., 16.00 Uhr erfolgen mit Vertretern aller Sektionen)

Um alle Probleme in Ruhe durchdenken zu können, will man 2 Tage DIES beim Rektor beantragen. Außerdem will man die Diskussion in der Zeitschrift "Humboldt-Universität" fortsetzen.

gez. IM

BSIU
000284

Hauptverwaltung A
Abt. XVI
Stellvertreter

Berlin, 13. 10. 1989
B/2/501-se
Tgb.-Nr. 1037/89

MfS
Zentraler Operativstab

MfS 212/2059/89
393
16. Okt. 1989
Tgb. Nr. 2917/89
MfS
MfS

Sofortinformation

Aus zuverlässiger Quelle wurde uns bekannt, daß sämtliche Veranstaltungen anläßlich der Berliner Festtage im Schauspielhaus Berlin mit Künstlern aus der UVR aufgrund von Absagen dieser Ensemble nicht stattfinden werden. Die genauen Ursachen dieser Absagen wurden nicht deutlich.

Die Jahresendkonzerte am 30.12.1989 und 31.12.1989 wurden von der Ungarischen Nationalphilharmonie ebenfalls abgesagt. Diese Absage soll auf Beschluß der Orchestergewerkschaftsgruppe der Nationalphilharmonie zustande gekommen sein, die sich weigere, angesichts der inneren politischen Lage der DDR in Berlin aufzutreten.

Weiter werden am Schauspielhaus zwei geplante Konzerte des Radio Orchestra Hilversum (Niederlande) aufgrund kurzfristiger Absagen nicht stattfinden. Inwieweit dies politisch begründet werde, kann nicht eingeschätzt werden.


Böhnke
Oberst

Vert.: ZAIC, XX, BV Bln.

Hauptverwaltung A
Abteilung II/1

Stab E 4271/89
Berlin, 13. Oktober 1989
th/303

Uhrzeit: 11.00 Uhr

BStU 000285

S o f o r t i n f o r m a t i o n

Inoffiziell wurde bekannt, daß der Leipziger Theologe Dr. Zimmermann (stellv. Direktor für Erziehung und Ausbildung, Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität und Mitunterzeichner des Briefes an das "Friedensgebet Nikolaikirche Leipzig vom 9. 10. 1989 zur Wahrung von Ruhe) ernsthafte Bemühungen unternimmt, um zur nächsten Veranstaltung am 16. 10. 1989 eine ähnliche Linie zu erreichen. Seine Gespräche haben bisher ergeben:

1. Am 16. 10. 1989 ist mit einer noch größeren Demonstration in Leipzig nach dem "Friedensgebet" zu rechnen. Man geht von einer Zahl um 100 000 Menschen aus.
2. Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß der Kreis der Personen sich erweitern wird, die Provokationen anzetteln werden und durch demonstrative Handlungen die Staatsmacht zur Konfrontation herausfordern werden.
3. In den Kreisen der Organisatoren wird mit Waffengewalt gerechnet.
4. Der Rat der Stadt und des Bezirkes Leipzig stehen auf dem Standpunkt, den Dialog zu probieren, auf keinen Fall marschieren. Unverständlich bleibt, warum bisher der Text vom 9. 10. 89 (Masur, Zimmermann und Sekretäre der Bezirksleitung) bisher nicht als Flugblatt gedruckt wurde.
5. Es wird vorgeschlagen, die Demonstration am 16. 10. 89 zu gestatten (mit einer ähnlichen Vorgehensweise wie am 9. 10. 89 - Prinzip der eingeschränkten Legalisierung). Da Provokationen insbesondere in den Bereichen der BV des Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksbehörde der Deutschen

Volkspolizei und Hauptbahnhof zu erwarten sind, sollte überlegt werden, wie der Demonstrationzug in eine andere Richtung gelenkt werden könnte.

Zimmermann hat gegenwärtig den Eindruck, daß man die Gefahr, die am 16. 10. 89 auf Leipzig zukommt, bei den zuständigen staatlichen Stellen noch nicht erkannt hat. Der Unterzeichner Kurt Masur, der sich gegenwärtig zu den Kulturtagen in Moskau aufhält, hat sich bereit erklärt, am 16. 10. 1989 über Telefon zu den Demonstranten in der Nikolaikirche zu sprechen.

gesehen:



Verteiler: ZOS
Abt. VII *erled.*
Stellv. Leiter der HV A *erled.*
Ablage *erled.*

4861/EI 4835/89

BSU
 000291

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:
 Originale an DE zurück ja/nein*
 Kopien insgesamt:

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: Teilnehmer der Ausschreitungen auf dem Alexanderplatz
 am 07.10.1989

Tgb.-Nr./Datum: 13.10.89 <i>(Handwritten)</i>			
bestätigt: Oberstleutnant			

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *	

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname,
 geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/
 SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL

	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
1. <i>(Redacted)</i> geboren am <i>(Redacted)</i> 1156 Berlin, <i>(Redacted)</i> "Kant"-EOS					
2.					
3.					

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:

innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: HVA/VII, Stellv. HVA
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: ZOS, BV Berlin (AKG)

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN:

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN	***	***	***	*** Datum/Signum: ***
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

BStU

000292
Rücksendung zur Ergänzung/Koordinierungsmaßnahmen

Inhaltliche Ergänzungen zur Originalinformation (beachte Informationsbedarf gem. 11/79)

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

	MfS	Mdl		MfS	Mdl		MfS	Mdl
Bißspur			Geruchskonserven			Schuhspur		
Blutspur			Handschuhspur			Schußspur		
Botanische Spur			Papillarleistenspur			Sekretspur		
Druckrinne			Rauchspur			Substanzspur		
Fahrzeugspur			Rißspur			Stimmkonserven		
Farbspur			Schrift			Werkzeugspur		

Auszug

aus einem inoffiziellen Bericht zu einem Teilnehmer der
Ausschreitungen auf dem Alexanderplatz am 07.10.1989

Der

[REDACTED]
geboren am [REDACTED]
wohnhaft in 1156 Berlin, [REDACTED]

ist zur Zeit Schüler an der EOS "Immanuel Kant".

Er ist im Haushalt der geschiedenen Mutter aufgewachsen.
Die [REDACTED] ist Invalidenrentnerin und arbeitet zeitweilig
als Reinigungskraft in einem Arbeiterwohnheim.

Der [REDACTED] ist ein sehr aufgeweckter Schüler, der sich aktiv und
aufgeschlossen am Unterricht beteiligt. Er sucht das Gespräch
zu politischen Themen, insbesondere zu aktuell-politischen
Fragen. An der POS beteiligte er sich bereits am fakultativen
Unterricht "Aktuelle Weltpolitik" und an der EOS ist er im
fakultativen Kurs "Aktuelle Probleme der Arbeiterbewegung".

In letzter Zeit wurde deutlich, daß [REDACTED] Anschluß an eine Gruppe
gefunden hat, mit der er sich in seiner Freizeit über aktuell-
politische Themen berät. Durch diese Gruppe wurde er mit dem
Programm des "Neuen Forum" bekannt und vermutlich auch zu der
Teilnahme an obengenannter Maßnahme angeregt. Im mündlichen
Gespräch gibt er an, daß er gemeinsam mit seiner nicht näher
bekannten Freundin, die ebenfalls zu dieser Gruppe gehört, ver-
haftet wurde.

Am 11.10.1989 teilte er diesen Sachverhalt auf Drängen seiner
Mutter der Schule mit. Gegenüber dem Direktor brachte er zum
Ausdruck, daß er zielgerichtet zum Alexanderplatz gegangen ist
und auf Grund seines dortigen Auftretens festgenommen und bis
zum 08.10.1989 inhaftiert wurde.

Eine deutliche Distanzierung von seiner Haltung ist aus seiner
bisherigen Stellungnahme zum Sachverhalt nicht erkennbar.

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPPIEN: 00301
Originale an DE zurück: ja/nein*
Kopien insgesamt:

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: Person [REDACTED] - "Neues Forum"	
Tgb.-Nr./Datum:	13.10.89
bestätigt:	<i>[Signature]</i>

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB					
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.					
1. [REDACTED] Wohnf: 1092 Berlin	A	I	B	2	1	8	3			
	A/B/C/D/E * ja/nein *									
2.										
	A/B/C/D/E * ja/nein *									
3.										
	A/B/C/D/E * ja/nein *									

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)	nicht überpr.		
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits erfolgt)**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS,** *HA XX / [Signature]*

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: **inoffiziell - Quellenschutz**

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				

UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Quellenschutz

BSU 000302

Information

Inoffiziell wurde bekannt, daß der

[REDACTED], [REDACTED]

wh.: 1092 Berlin

[REDACTED]

Fähigkeit nicht bekannt

den anliegenden Aufruf des "Neuen Forum" rechentechnisch auf einem Heimcomputer abgespeichert hat. Der Aufruf liegt damit in maschinenlesbarer Form bei ihm vor und kann mit Diskette weitergegeben werden. Den Aufruf erhielt er aus dem Betrieb Sternradio. Weißensee, Kassettengerätefertigung.

Aufbruch 89 - NEUES FORUM

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übergelauunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden, aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Willen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in DDR jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an:

- daß eine größere Zahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
 - daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamtanzeln finden.
- Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an

der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger
Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine
solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen

NEUES FORUM

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche
Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in
Art.29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch
gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches
Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der
Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend
der VO vom 6.11.1975 über die "Gründung und Tätigkeit von
Vereinigungen" (GBL I, Nr.44, S.723) anmelden.

Alle Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme
verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit,
Demokratie und Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur
zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden
Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll
erfüllt wissen wollen.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der DDR, die an der
Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf,
Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.

Die Zeit ist reif.

Die Erstunterzeichner:

Michael Arnold, Student, Leipzig/ Bärbel Bohley, Malerin,
Berlin/ Katrin Bohley, Studentin, Berlin/ Dr.Martin Böttger,
Physiker, Cainsdorf/ Dr.Erika Drees, Ärztin, Stendal/
Dr.Kathrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle/ Dr.Frank
Eigenfeld, Geologe, Halle/ Hagen Erkrath, Student, Berlin/
Olaf Freud, Fotolaborant, Dresden/ Katja Havemann,
Heimerzieherin, Grünheide/ Alfred Hempel, Pfarrer,
Großschönau/ Rolf Henrich, Jurist, Eisenhüttenstadt/ Jan
Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg/ Martin Klähn
Bauingenieur, Schwerin/ Katrin Menge, Hochbauingenieurin,
Berlin/ Dr.Reinhold Meinel, Physiker, Potsdam/ Otto Nickel,
Drechsler, Dresden/ Dr.Christine Pflugbeil, Ärztin, Berlin/
Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin/ Reinhard Pumb,
Krankenpfleger, Berlin/ Dr.Eva Reich, Ärztin, Berlin/
Prof.Dr.Jens Reich, Arzt & Molekularbiologe, Berlin/ Hanno
Schmidt, Pfarrer, Coswig/ Reinhard Schult, Betonfach-
arbeiter, Berlin/ Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin/
Dr.Eberhard Seidel, Arzt, Berlin/ Lutz Stropahl,
Musikerzieher, Berlin/ Dr.Rudolf Tschäpe, Physiker, Potsdam/
Hans Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen/ Catrin Ulbricht,
Dresden

Kontaktadressen NEUSE FORUM

Kathrin Eigenfeld, Marthastr.12, 4020 Halle
Lutz Stropahl, Bruno-Wille-Str.11, 1162 Berlin, Tel.
6453457

Jutta Seidel, Sophienstr.18, 1020 Berlin, Tel. 2827330

Ch. & S. Pflugbeil, Gormannstr.17, 1054 Berlin, Tel.2818254

Reinhard Schult,b. Werdin, Husemannstr.3, 1058 Berlin.
Tel.4498608

Reinhard Meinel, Gutenbergstr.64, 1560 Potsdam

Martin Klähn, Semmelweisstr.4, 2756 Schwerin

Michael Arnold, Zweinaundorferstr.20a, 7050 Leipzig

Einschätzung von Stimmungen und Meinungen in einer Seminargruppe
des 3. Studienjahres in der Fachrichtung Lebenswirtschaft der
Hochschule für Ökonomie Berlin

Die Einschätzung teilt sich in zwei Zeitabschnitte.

1. Bis zum 7. Oktober

Die Hauptthemen bis zum 7. Oktober waren folgende:

1. illegale Ausreise von DDR-Bürgern über Ungarn - Österreich
2. Besetzung der Botschaften der BRD in Warschau und Prag
3. politische Vorgänge in der DDR, Medienpolitik.

Die Ausreiseproblematik wurde besonders diskutiert. Dabei ging es vor allem um die Reaktion der DDR-Medien sowie auch seitens der Genossen des ZK der SED. In der Medienpolitik wurde die sehr späte, im Umfang kleine sowie teilweise plumpe Reaktion und Argumentation bzw. Auseinandersetzung mit den Problemen diskutiert. Dabei waren alle Studenten der SG nicht mit der Art und Weise der Berichterstattung einverstanden.

Natürlich war sich der Großteil darüber im Klaren, daß die aktive Hetzkampagne verbunden mit massiver Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR seitens der BRD und ihrer Medien nicht zufällig, sondern vom Zeitpunkt her genau geplant war. Dabei wurde aber neben der Feststellung dieser Tatsachen in den DDR-Medien sowie seitens führender Genossen des ZK der SED vermißt, sich mit den Ursachen in unserem Land auseinanderzusetzen. Diese kritische und reale Auseinandersetzung fehlte.

Als Ursachen in der DDR wurden diskutiert: Hauptproblem sind die ordentliche Funktion der Wirtschaft, außerdem eine Erweiterung des Mitspracherechts der Werktätigen (in der Realität), Verbesserung der Versorgung (auch außerhalb von Berlin) sowie erweiterte Reise-möglichkeiten oder zumindestens eine offene Diskussion über die Ursachen, daß das nicht erfolgen kann. Daneben kam immer wieder zum Ausdruck, daß bei aller Einstellung zur Sache der Arbeiterklasse die Genossen des Politbüros einfach physisch und psychisch ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen seien.

Dabei nach den Ursachen befragt, wurde in vielen Gesprächen geäußert, es wären die Privilegien dieser Genossen und überhaupt der Genossen in leitenden Positionen, die diese veranlaßten, so lange in ihren Positionen zu bleiben. Die Folge dieser Entwicklung insgesamt wäre, daß auch unter dem Eindruck der westlichen Propaganda, aber auch durch die späte und sehr zurückhaltende Auseinandersetzung unserer Medien mit allen Problemen

1. die westlichen Medien als informativer und objektiver empfunden würden sowie
2. ein enormer Rückgang des Vertrauens in die führenden Genossen der SED erfolgte.

Fragen kamen auf, ja wissen die Genossen überhaupt, wie es wirklich aussieht; wer hat eigentlich etwas von dieser "rosaroten" Berichterstattung der Medien.

Ein weiteres Problem war die Diskussion über das "Neue Forum" sowie die Meldung über das Verbot dieser Vereinigung. Dabei wurde kritisiert, daß die Angabe der Gründe dieses Verbots nicht sehr treffend unterstützte. Ein Genosse meinte, er kenne die Ziele dieses "Forums" nicht und könne sich somit keine Meinung dazu bilden. Einige Genossen fielen besonders positiv auf. Sie versuchten mit sachlichen Argumenten die Diskussion von bloßem impulsiven Aufzählen der Probleme zu sachlicher, parteilicher Auseinandersetzung damit zu bewegen. Ein Genosse forderte, die aktiveren und selbstkritischere Arbeit eines jeden einzelnen in der FDJ bzw. der SED zu verstärken und verwies auf die Aktivitäten der Hochschulgrundorganisationsleitung.

In der Diskussion über die Teilnahme am Fackelzug der FDJ traten einige Studenten konsequent dafür ein, mit der Teilnahme Position zu beziehen. Als am 2. 10. 89 in den Zeitungen stand, daß die Jugend erneut ihre Liebe und Treue zur SED ... bekunde, meinten viele, daß das eine regelrechte Ignoranz der herrschenden Probleme sei. Eine Studentin meinte, daß "die da Oben" denken würden, sie seien immer noch so populär, obwohl das Gegenteil zuträfe. Es nahmen am Fackelzug auch nur einige Studenten teil.

2. Nach dem 7. Oktober

Hauptthemen waren:

1. Artikel von Hermann Kant in der "Jungen Welt" (offener Brief)
2. Erarbeitete Briefentwürfe einiger Studenten
3. Berichte in der "Jungen Welt" bzw. "ND" von Angehörigen der DVP und über die Teilnahme von "Junge Welt"-Reportern am Gottesdienst in der Leipziger Kirche sowie aus der UVR.

Der offene Brief von Hermann Kant war am 8. 10. Gesprächsthema in allen Gruppen.

Die Meinungen reichten von, "Ich hätte ja nicht gedacht, daß wir das drücken würden, bis hin zu "Wenn ein Mitglied des Politbüros (ZK) so etwas schreibt, müßten doch die anderen auch Bescheid wissen."

Vor allem die "Junge Welt" war auch am nächsten Tag gefragt. Nach dem Bekanntmachen mit den Berichten von Angehörigen der DVP sowie der Teilnahme von "Junge Welt"-Reportern am Gottesdienst sowie nach dem Bericht darüber, begann sich doch verstärkt das sachliche Überlegen durchzusetzen.

Ähnlich sind die Prozesse in der APO ^(P7). Dort stellen die Genossen (P7/1), (P7/2), (P7/3), (P7/5) einen Briefentwurf an das ZK der SED vor, der von ihrer tiefen Sorge vor der

Eskalation der Widersprüche sowie der Möglichkeit einer Kon-
revolution, fehlende Dialogbereitschaft aller vorausgesetzt,
berichtete. Als Vorschlag wurde darin dargestellt, daß ihrer Mei-
nung nach Arbeitsgruppen unter Hinzuziehen von Lehrkräften für
die Bereiche Ökonomie, Gesellschaft und Ideologie gebildet werden
müßten, um dem XII. Parteitag konkrete Vorschläge zu unterbreiten.
Auf Blättern, die die Schwerpunkte der Themenkomplexe enthielten,
war u. a. die Rede von "Einschränkung der Allmacht von Polizei
und Staatssicherheit" (dieser Komplex soll der Idee des Genossen
[REDACTED] (2/13) entsprechen), "Veränderung des Wahlsystems", "Ver-
änderung der Quotenregelung bei Aufnahme in die Partei."
Diese Themenkomplexe sollten nicht Bestandteil des Briefes sein,
sondern sollten dem Aufbau der Arbeitsgruppen dienen.
Das Abschicken des Briefentwurfs wurde in der Form abgelehnt.
Darüber sowie über die Themenkomplexe soll in den Parteigruppen
beraten werden und in einer Arbeitsgruppe von evtl. je 2 Mann
pro Seminargruppe zur APO-Versammlung ein neuer Briefvorschlag
erstellt werden.
Die Reaktion der Mitautoren [REDACTED] und [REDACTED] war:
"Das ist wieder die träge Masse, die konservative."

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Gründung der USP in Ungarn
und die Reaktion des Politbüros darauf.

Aufgefallen ist trotz aller positiven Entwicklung, daß eine
regelrechte Antipathie gegen das MfS und seine Genossen besteht.
Es kommen Meinungen zur Sprache wie: "Das ist (das MfS) ein Staat
im Staate, es ist nicht kontrollierbar und es hat zu viele Mit-
arbeiter, wir brauchen eher Arbeitskräfte in der Produktion."
Diese Meinung äußerten u. a. die Studenten [REDACTED] und [REDACTED]
[REDACTED] (alle 2/13).

gez. IM

Ministerium für Staatssicherheit
 HA/selbst. Abt./BV
 Abt./selbst. Ref./KD/OD

HVA
 XIII

Stab (E/4874) PS BSTU

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPPIEN: 00312
Originale an DE zurück: ja/nein*
Kopien insgesamt:

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: **Situation Forsch. Stelle f. chem. Toxikologie/AdW/Leipzig**

Tgb.-Nr./Datum:	13.10.89			
bestätigt:	<i>R.</i>			

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *	

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL

1. siehe oben

DE SLK-Nr.	AKG SLK-Nr.	ZPDB
ZMA-Nr.	ZMA-Nr.	Dok.-Nr.
Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79		
A I B 5 1 6 8		
A/B/C/D/E * ja/nein *		
A/B/C/D/E * ja/nein *		
A/B/C/D/E * ja/nein *		

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:

innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits erfolgt)**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS, HA XVIII, BV Leipzig / Lage erhalten**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: **inoffiziell**

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN Datum/Signum: ...
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Informationen zu
Stimmungen in Leipzig und an der Forschungsstelle für chemische
Toxikologie der AdW

Die Situation ist offenbar derzeit auch territorial differenziert zu sehen. Die Unruhen und negativen Stimmungen unter der Bevölkerung sind in Leipzig größer als das von Berlin aus zu vermuten ist (wenn man von den Pressemeldungen ausgeht).

Die ältere Generation hat Angst, daß die Jüngeren das in 40 Jahren Erreichte zerstören. Es werden die ideellen, aber auch ökonomischen Folgen von Ausreisen und Demonstrationen gesehen.

Von den Genossen "leihen" mindestens 50 %. Einige führende Genossen in Kreis- und Bezirksleitung fühlen sich von der Parteiführung im Stich gelassen. Sie kämpfen auch ohne Berliner Weisung, da man bei dem Ernst der Lage nicht mehr so lange warten kann. Die regionalen Lösungen der KL und BL können nur provisorischen Charakter haben.

Als völlig unzureichend wird die Information über die Medien eingeschätzt, sie wird teilweise als Verhöhnung der Menschen angesehen, da es immerhin um die Existenz der Republik und der Partei geht. Zustimmung fanden die Äußerungen einiger führender Genossen der BL und KL wie des Genossen Loos (Sekretär der KL Nordost).

Am Montag (9. 10.) glich die Innenstadt von Leipzig einer Festung. Die Schätzung westlicher Medien für die Zahl der Demonstranten auf 50 - 70 Tausend muß als real angesehen werden. Unsere Mitarbeiter wurden aufgefordert, das Stadtzentrum am Abend zu meiden. Die Situation war kurz vor einem bürgerkriegsartigen Aufbruch.

Der von 3 Sekretären der BL, Kurt Masur und Kirchenvertretern verfaßte Appell kam gerade noch rechtzeitig. Er wurde bezeichnenderweise zuerst von den Kanzeln der Kirchen verlesen. Eine hervorragende Idee war es, ihn dann über den Stadtfunk zu verbreiten, was spontanen Beifall auslöste und ein friedliches Abziehen der Polizeikräfte ermöglichte.

Allerdings war der Appell selbst am nächsten Tag noch nicht allen Sekretären der BL bekannt.

Es besteht allgemein der Eindruck, daß einige Politbüromitglieder den Ernst der Lage nicht erkennen. Deshalb muß jetzt kurzfristig von Spitzenpolitikern öffentlich Stellung bezogen werden.

Von den Festveranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages auf den verschiedenen Ebenen kann die des Stadtbezirkes Nordost als positiv hervorgehoben werden. Gen. Grunewald hat hier einen ausgezeichneten Beitrag gehalten, mit dem er alle - von Veteranen bis zu FDJlern - erreichte. Er hat alle Probleme vorwärtsweisend diskutiert. Ihn könnte man sich als einen Funktionär vorstellen, der den neuen Anforderungen gewachsen ist.

Die Lage im Institut kann insgesamt als stabil angesehen werden. Auch hier stehen mindestens 50 % der Genossen ohne Abstriche, Die anderen 50 % sind zurückhaltend. Direkt feindliche Äußerungen wurden nicht bekannt.

7 Laborantinnen sind aus der FDJ ausgetreten. Ein Wissenschaftler trat aus der Gewerkschaft aus. Er hatte am schwarzen Brett einen Aushang mit einer provokatorischen Äußerung zu dem Artikel eines Kampfgruppenangehörigen in der LVZ angebracht, indem er die Kampfgruppen kriminalisiert. Mehrere Genossen und Kollegen haben der Äußerung eigene Stellungnahmen entgegengebracht, die gelesen wurden und eine konstruktive, vorwärtsweisende Diskussion auslösten.

Das neue Forum spielt bei uns im Institut derzeit keine Rolle.

Hag/E/4879/89

Berlin, den 13. 10. 1989
312-grHauptverwaltung A
Abteilung II/1S o f o r t i n f o r m a t i o n

In einem persönlichen Gespräch erwähnte der im Sozialistischen Handelsbetrieb (SHB) Möbel Leipzig in leitender Funktion tätige Genosse

 
7024 Leipzig


daß sich der Direktor der genannten Handelseinrichtung einen Hefter angelegt hat, in dem er sämtliche Telefonate bzw. Schriftstücke festgehalten hat, wo leitende Funktionäre des Bezirkes für sich privat oder für Unterstellte Möbel bestellt haben. Der Hefter nehme einen beträchtlichen Umfang an. Es wurde auf die Brisanz aufmerksam gemacht, falls dieser Hefter in falsche Hände gerät.

Verteiler:

ZOS
Stellv. Leiter HV A *abd.*
Ablage *abd.*



Hauptverwaltung A
Abteilung VI/B/2

Stab I E/4880/89
Berlin, den 13. 10. 1989
22350/Ko

113
BSU

000320

sofort information

I n f o r m a t i o n

zur Aktion "Jubiläum 40" - Reaktion auf Sicherungsmaßnahmen
VEB Bako

Durch offensichtlich gezielte Diskussion und Präsenz der staatlichen Leitung des Betriebes wurde eine Unterschriften- und Spendenaktion (geplante Maßnahme) nach bisherigen Angaben unterbunden.

Durch die völlig administrierende Ausführung der Aktion (wie folgt) wurde jedoch das Gegenteil von Ruhe und Ordnung erreicht.

Die Person [REDACTED] wurde durch den Betriebsdirektor aus der Produktion heraus zu einem Gespräch beordert. Dort wurden folgende Äußerungen vom Direktor gemacht:

"Ich teile ihnen mit, daß gegen sie eine anonyme Anzeige bei der VP, wegen Unterschriftensammlung und Initiierung einer Spendenaktion, gemacht worden ist. Nehmen sie dazu Stellung und nennen sie ihre Hintermänner."

Im Gespräch versuchte der Betriebsdirektor die [REDACTED] massiv unter Druck zu setzen, um Einzelheiten über die Aktion zu erfahren. Er rief damit eine eindeutige Trotzreaktion hervor. Das etwa eine halbe Stunde gehende Gespräch wurde mit der Aufforderung beendet, darüber Stillschweigen zu bewahren, was die [REDACTED] sofort ablehnte. Durch diese Aktion wurde sie für den Produktionsbereich zu einer echten Integrationsfigur im "Widerstand". Unter den Produktionsarbeitern kursierte gestern ein Aufruf der Mahnwache, der bedingt durch die Ereignisse um die [REDACTED] von allen Produktionsbrigaden der Bäckerei akzeptiert wird.

Der Bäckereileiter [REDACTED], bemühte sich zusätzlich darum, die [REDACTED] in das Licht einer Oppositionellen zu bringen, in dem er durch unterschwellige Gespräche und Andeutungen ihr das Erscheinen des Aufrufs in die Schuhe schob.

Es ist zu erwarten, daß die oben genannten Maßnahmen zu weiteren Diskussionen in den Kollektiven führen, in der Brigade der [REDACTED] gibt es eindeutige Solidaritätsbekundungen.

Das Auftreten von Vertretern der Presse und der VP in einem anderen Produktionsbereich wurde als Auftreten der Staatssicherheit bezeichnet und schaffte, da offensichtlich schlecht vorbereitet eine entsprechend gespannte Atmosphäre im Betrieb.

Stab/E/4882/85

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:	1x460
Originale an DE zurück:	ja/nein*
Kopien insgesamt:	BStU

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung:	Information zu ...	000323
Tgb.-Nr./Datum:	13.10.89	
bestätigt:	<i>[Signature]</i>	

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsbefugnis **				IK
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *	

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitss., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
	Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79				
1. ... Diskussionen im Bereich Völkerrecht der HUB					
	A/B/E * ja/nein *				
2.					
	A/B/E * ja/nein *				
3.					
	A/B/E * ja/nein *				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 Innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: BV Berlin Abt. XX/3 205
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV:

ZPDB-Zugriffsbefugnis **	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *
ZPDB-Zugriff frei			

QUELLEN:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Posteingangs-Nr.:				
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN Datum/Signum: ...
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

I n f o r m a t i o n

Am 9. 10. 1989 berichtete [REDACTED] befristeter Assistent im Bereich Völkerrecht der Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität, über seine Eindrücke als Zuschauer der Ereignisse am 8. 10. 1989 um die "Gethsemane-Kirche". Dabei wurde seine deutliche Sympathie für die Personen sichtbar, die in und um der Kirche aktiv waren. Er hob besonders deren "absolute Gewaltfreiheit", manifestiert in Sprechchören "keine Gewalt" heraus. Beeindruckt war [REDACTED] von dem äußeren Erscheinungsbild der stattgefundenen Ansammlung vor der "Gethsemane-Kirche" (Personen mit Kerzenlichtern). Kein Verständnis dagegen zeigte er für das große Aufgebot von Kräften der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR. Aus der Schilderung der Ereignisse um die "Gethsemane-Kirche" durch [REDACTED] wurde deutlich, daß nach seiner Auffassung "am dem Abend des 8. 10. 1989" die Gefahr eines Gewalteinsatzes" ausschließlich von der staatlichen Seite ausging.

Am 9. 10. 1989 wurde durch [REDACTED] von der Akademie der Wissenschaften ein Papier von der sog. "Bürgerbewegung - Demokratie jetzt" vom 12. 9. mit der Überschrift:

"Aufruf zur Einmischung in eigener Sache"

in dem Bereich Völkerrecht der Humboldt-Universität gebracht. [REDACTED] bemühte sich sofort um Thermokopien von diesem Papier. Aufgrund des Zeitmangels wurden jedoch nur zwei unvollständige Thermokopien gemacht. Der Inhalt dieses Papiers war der Aufruf zur Gründung einer Bürgerbewegung. Konzeptionell wurde darin ein Sozialismus-Bild aufgeworfen, das im politischen und wirtschaftlichen Bereich dem "ungarischen Modell" nahe kommt (kein Hinweis auf die führende Rolle der Partei, Aufsplitterung des gesellschaftlichen Eigentums und Einführung marktwirtschaftlicher Elemente).

Büro für Staatssicherheit
 selbst. Abt./BV
 selbst. Ref./KD/OD

HVA
 XIII

Stab E 4889/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPPIEN:	BSIU
Originale an DE zurück:	ja/nein*
Kopien insgesamt:	

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung:		Situationsbericht zu Problemen/Plänen der Gen. des ADN	
Tgb.-Nr./Datum:	13.10.89		
bestätigt:			

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN		SVA		HMK	
ZPDB-Zugriffsberechtigung**					IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein*	ja/nein*	ja/nein*	

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB															
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.															
	Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79																			
1. wie oben	A	I	B	5	1	8	6													
	A/B/C/D/E* ja/nein*																			
2.																				
	A/B/C/D/E* ja/nein*																			
3.																				
	A/B/C/D/E* ja/nein*																			

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registrierennummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits abgegeben)**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen**				
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein*	ja/nein*	ja/nein*

QUELLEN: inoffiziell				
Posteingangs-Nr.:		Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG	---	---	---	--- Datum/Signum: ---
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

#Form 450
 - Nichtzutreffendes streichen
 - Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
 - Reihenfolge eintragen
 Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Situationsbericht zu Problemen und Plänen der Genossen
des ADN

In den Parteistrukturen des ADN gab es vor der Erklärung des Politbüros folgende Position:

- Es wurde einmütig gefordert, daß endlich eine Stellungnahme unserer Parteiführung erfolgt, ihr Fehlen ist überhaupt nicht mehr begreifbar.
- Es wurde die Einberufung einer Parteiaktivtagung des ADN verlangt (am 9. 10. von allen APO, am 5. 10 von der APO-Zentralbild) mit dem Ziel, eine solche Stellungnahme mit der Zustimmung des Generaldirektors zu fordern und ein diesbezügliches Papier zu verabschieden. Die Einberufung einer ADN-Parteiaktivtagung wurde am 10. 10. vom Generaldirektor veranlaßt, zuvor war sie mehrfach vom Parteisekretär des Hauses abgelehnt worden.
- Die Stellungnahme des Politbüros wurde einmal mehr deshalb verlangt, weil aus unserem Haus vor dem Jahrestag drei mehrseitige Informationsberichte an das Zentralkomitee gegangen sind, die alle aktuellen Fragen enthielt. (vgl. Anlage)
Sie waren ohne jede Reaktion geblieben, womit eine bewährte Praxis der letzten Jahre auch in einer so entscheidenden Phase unserer gesellschaftlichen Entwicklung leider ihre Anwendung fand.
- Im Zusammenhang mit den berechtigten Vorwürfen zur Berichterstattung des ADN und den am Abend des 7. 10. um und in unserem Haus (Foyer) eingetretenen kritischen Situationen haben die Parteisekretäre der ADN einmütig verlangt, daß die dafür verantwortlichen Genossen (welche nicht im ADN zu suchen sind, sondern im ZK) beim Namen genannt werden und zur Verantwortung zu ziehen sind. Mit diesem Mandat hat der Generaldirektor am 9. 10. bei Joachim Herrmann um ein Gespräch (gemeinsam mit Fernsehen und Rundfunk) ersucht. Ergebnisse dieser Beratung sind leider nicht bekannt.
- Für den Fall, daß eine Stellungnahme des Politbüros ausgeblieben wäre, hatten die journalistischen APO in einer Beratung beim Parteisekretär am 9. 10. und einer weiteren am 11. 10. angekündigt, daß nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten im Rahmen der Parteidisziplin diese in einer solchen brisanten Situation kein Hindernis darstellt und eine Resolution zu formulieren, die notfalls am

Partei sekretär und Generaldirektor vorbei an die Öffentlichkeit gerichtet wird. Mit dieser Position der APO-Beschlüsse des ADN, die noch am 11. 10. unverrückbare Gültigkeit hatten, kam die Erklärung des Politbüros. Bis zu welchem Grad letztlich der Generaldirektor in seinen Gesprächen im ZK diese Haltung angesprochen hat, ist bisher nicht zu sagen. Vielleicht gibt es dazu Äußerungen auf der Parteiaktivtagung am 16. 10.

Die genannten Probleme sollen auf o. g. Parteiaktivtagung in aller Schärfe zur Diskussion gestellt werden und Beschlüsse und Vorschläge gefaßt bzw. erarbeitet werden, die zur Verbesserung der Arbeit des ADN beitragen sollen.

gez. IM

Thesen zur Frage, warum die gegnerische Hetzkampagne und massive Angriffe auf den Sozialismus in der DDR bei vielen Bürgern unseres Landes auf fruchtbaren Boden fällt

(in Auswertung einer Zusammenkunft von Genossen aller Parteigruppen von ZR am 7.9.89)

- die gegenwärtige Situation macht deutlich, daß es uns niemand abnimmt, bestimmten Mängeln im Lande zuleibe zu rücken, - wobei die vielfach vor westlichen Kamerads angeführten Gründe, warum man aus der DDR "raus" mußte, nicht als Begründung oder Entschuldigung für einen so schwerwiegenden Schritt wie das Verlassen der eigenen Heimat akzeptiert werden
- die Tatsache, daß die Angriffe des Gegners nicht geringer würden, wenn es gelänge, Konsumbedürfnisse besser zu befriedigen, darf uns nicht davon abhalten, endlich die vielen alten und neuen Versorgungs-lücken dauerhaft zu schließen, die im Alltag permanent Verärgerung bringen (und keinesfalls zu den notwendigen hohen Leistungen für die ökonomischen Stärkung der DDR motivieren)
- nicht mehr automatisch werden ökonomische Zwänge als ständige Begründung für unerträgliche Anzahl alltäglicher Engpässe akzeptiert (dort, wo es sich um objektive ökonomische Grenzen handelt /kompliz. Weltmarktsituation, Rohstoffe usw./ müssen Erklärungen gegeben werden, durch die sich die Menschen konkret in den Lösungsprozeß einbezogen fühlen, durch die Verständnis und Motivation zur Mitwirkung gefördert werden)

BSTU
000330

- als zentrales Problem wird in allen Gesprächen immer wieder unsere fast ausschließlich auf Erfolge orientierte Informationspolitik genannt, eine großer werdende Kluft zwischen persönlicher Alltagserfahrung und ständiger Erfolgsberichterstattung in den Medien bzw. Nichtberichterstattung über problematische Sachverhalte zerstört Vertrauen;

- permanentes informationspolitisches Nichtregieren hat die gegnerische Hetzkampagne zu einem vollen Erfolg werden lassen; was ökonomische Auswirkungen; Stimmung in der Bevölkerung und Verlust an internationalem Ansehen betrifft

- es wäre zu billig, die gesamte Verantwortung für die entstandene Lage allein dem Gegner anzulasten; die Gelegenheit, sich zum "Anwalt" für die Alltagssorgen der DDR-Bürger aufzuschwingen; haben wir ihm gegeben (siehe oben);
 daß man uns von westlicher Seite immer und immer wieder bestimmte Diskussionen aufzwingt; ist doch nur deshalb möglich; weil wir es noch immer nicht gelernt haben; selbstbewußter und offener mit den eigenen Problemen umzugehen;

- die Ablehnung jeglicher Diskussion zu notwendigen Veränderungen in der DDR (unter der Überschrift "wer von Reformen redet; meint Selbstaufgabe") führt bei vielen Genossen zu Enttäuschung wegen des offensichtlich fehlenden Vertrauens "von oben nach unten";

- nicht; ob man etwas tun; etwas verändern muß; sondern wie es gelingt; daß unsere Partei sich kompetent und massenverbunden an die Spitze von Veränderungen stellt; das ist eine wesentliche Frage auch in den gerade begonnenen persönlichen Gesprächen mit den Genossen; die mit einiger Sorge auf Vorgänge zur "friedlichen" Beseitigung des Sozialismus in Polen und Ungarn verweisen.

BSU
 00000

APO-Mitgliederversammlung 18.9.89

Einführung: APO-Sekretär (kein Referat)

Anhand einer 200 Fotos umfassenden Ausstellung der Genossen und Kollegen der DDR-Redaktion über den Betriebsalltag im VEB EAB wurden in fast dreistündiger lebhafter Diskussion (mehr als 30 Disk.-Beiträge) prinzipielle Fragen unserer bildjournalistischen Wirksamkeit angesprochen. Die als Wettbewerbsobjekt zum 40. Jahrestag gestaltete Exposition fand aufgrund interessanter fotografischer Sichten, der Ehrlichkeit und Originalität der Darstellung allgemein große Anerkennung. Die mehrmonatige Arbeit der beteiligten 16 Bildreporter im EAB und der anschließende Aufbau einer so umfangreichen Fotoschau in Schwarzweiß und Farbe auf dem Gelände des Marzahner Großbetriebes haben für beide Seiten Zuwachs an Erkenntnissen, Verständnis und Vertrauen gebracht und einmal mehr demonstriert, daß es nicht nur in der "Kür" sondern auch in der täglichen Pflicht gilt, von bestimmten Klischees der Darstellung wegzukommen, die vorhandene Vielfalt fotografischer Möglichkeiten voll auszunutzen, um den Leser bzw. Betrachter anzusprechen. Nicht nur in der Widerspiegelung des Menschen in seiner Arbeitsumwelt, sondern in allen Bereichen einschl. der Protokollberichterstattung gehe es darum, Monotonie zu überwinden, mehr emotional bewegende Bilder zu erarbeiten, dabei Problemen nicht auszuweichen. Damit waren prinzipielle Fragen unserer Informationspolitik angesprochen wie "werden es nicht immer weniger, die unsere Berichterstattung überhaupt erreicht? ... gehen wir an den Interessen der Leute vorbei? ... wie können wir unsere gute Politik besser und ansprechender verkaufen? ... warum haben wir im Moment scheinbar so wenig geeignete Mittel in der Hand, um dem Gegner auf dem Feld der immer härter werdenden ideologischen Auseinandersetzung wirkungsvoll entgegenzutreten zu können? ... warum oftmals nur Reaktion statt Offensive? ..."

Die Diskussion zeigte damit einerseits, wie notwendig die ständige kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Produkt ist und andererseits machte sie deutlich, daß die Genossen allgemein eine Veränderung in unserer fast ausschließl. auf Erfolgsberichterstattung orientierten Informationspolitik als einen entscheidenden Faktor für die Festigung des Vertrauensverhältnisses, für die Festigung der innenpolitischen Stabilität in unserer Republik betrachten. Zu ähnlich lautenden Schlußfolgerungen führen derzeit viele Diskussionen in Arbeitskollektiven, in Partei- und Gewerkschaftsgruppen. (siehe auch Zuarbeit zum Bericht Stimmung/Meinungen)

Weil dies so ist, befürwortete die Mitgliederversammlung einmütig den in der Diskussion gemachten Vorschlag, sich in der kommenden Mitgliederversammlung nochmals speziell mit Fragen d. Informationspolitik auseinanderzusetzen.

Info der HVH XIII

BSU
000341

15.10.
89

Information

zu einer von Studenten der Sektion Kultur/Kunst der Humboldt-Universität zu Berlin organisierten Veranstaltung am 12. 10. 89 sowie weiteren damit im Zusammenhang stehenden geplanten Aktivitäten

Inoffiziell wurde bekannt, daß am 12. 10. 89 abends im Kinosaal eine als FDJ-Veranstaltung deklarierte Versammlung stattfand, die durch Studenten der Sektion Kultur/Kunst der HUB organisiert und unter Teilnahme von Vertretern anderer Sektionen durchgeführt worden war.

Zunächst war geplant, die Versammlung, zu der der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung der HUB, Richard Schmidt, eingeladen worden war, in einem kleinen Hörsaal der HUB durchzuführen. Da zu viele Studenten teilnehmen wollten, wurde zunächst der Saal in der Clara-Zet-kin-Str. 26 und anschließend der Innenhof der HUB aufgesucht. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich schon etwa 1000 Studenten versammelt.

Durch den Rektor der HUB wurde dann entschieden, daß die Veranstaltung im Kinosaal der HUB stattfindet, aber nur mit Studenten der Sektion Kultur/Kunst und einigen Vertretern anderer Sektionen. Die Studenten, die keinen Platz im Kinosaal fanden, warteten im Innenhof der HUB.

Die Veranstaltung war ursprünglich als FDJ-Versammlung mit Richard Schmidt deklariert. Andere Gruppierungen wollten die Veranstaltung jedoch zur Gründung eines "Unabhängigen Studentenbundes" nutzen. Letztlich übernahmen 6 Studenten der Sektion Kultur/Kunst, die eine Resolution verfaßt hatten, die Leitung der Zusammenkunft, an der sich der FDJ-Sekretär gerade noch beteiligen konnte. Im ersten Teil wurde zunächst die von den genannten 6 Studenten verfaßte Resolution vorgestellt und Punkt für Punkt diskutiert. Diese Resolution enthält u. a. folgende Forderungen:

- Effektivierung der sozialistischen Demokratie
- öffentliche Darstellung der am 7./8. 10. 89 stattgefundenen Demonstrationen
- öffentliche Überprüfung der Übergriffe der Sicherheitskräfte auf friedliche Demonstranten
- öffentliche Vorführung der Videos der Polizei von den Demonstrationen
- Reformierung des Wahlsystems in der DDR
- Zurücknahme der Exmatrikulationen wegen der Mitgliedschaft im "Neuen Forum" (obwohl nachweislich keine erfolgten)

bstU
000341 a

2

- Abschaffung der M/L-Ausbildung (in der ursprünglichen Fassung) (Diese Forderung wurde durch eine Forderung nach anderen Formen der M/L-Ausbildung ersetzt)
- Schaffung von unkontrollierten Wandzeitungen für die freie Diskussion.

Diese Resolution wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen, wobei die Vertreter anderer Sektionen nicht stimmberechtigt waren.

Im Anschluß daran brachten Studenten der Sektion Germanistik ebenfalls eine Resolution mit folgenden Forderungen ein:

- Legalisierung des "Neuen Forums"
- Gründung eines Studentenparlaments der HUB
- Schaffung von "Polizeifreien Zonen" an der HUB (ohne die Kontrolle durch Sicherheitskräfte), in denen man "frei diskutieren" kann
- Zugang zu allen Westmedien
- Schaffung von Möglichkeiten zur ungehinderten Vervielfältigung und Vertrieb von allen Papieren
- Aussetzung des Studienbetriebes für 2 - 3 Tage, um die Probleme der Studenten zu diskutieren (Dieser Punkt wurde in die Forderung nach freier Nutzung der Uni-Räume an Wochenenden für Diskussionen und Versammlungen ersetzt)
Ziel dieser Forderung ist, daß am 21./22. 10. 89 alle Räume der HUB für Diskussionen der Studenten offen sind.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde die Frage diskutiert: "Ist die FDJ noch zeitgemäß"?

Dazu wurden folgende "Strukturmodelle" vorgeschlagen:

1. - Legalisierung von "unabhängigen Studentengruppen"
 - Bildung eines Studentenparlaments als Vereinigung der Studentenvertreter aller Sektionen
2. Formierung der Studenten außerhalb der FDJ
3. Sammlung aller Studenten in der FDJ, aber nur, wenn die FDJ im großen Umfang reformiert wird.

Bemerkenswert zu der Veranstaltung ist, daß man den Prorektor E/A der HUB, Prof. Kreitel, nicht zu Wort kommen ließ und dem 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, Richard Schmidt, nur eine Redezeit von 3 Minuten eingestand.

Nach Abschluß der Versammlung fand eine weitere Veranstaltung für die wartende Masse auf dem HUB-Innenhof statt. Dort wurde nochmals die Resolution der Sektion Kultur/Kunst verlesen.

Es wurde mitgeteilt, daß diese bis zum 15. 10. 89 überarbeitet wird und ab 16. 10. 89 früh in der Sektionsbibliothek der Sektion Kultur/Kunst ausliegt.

Alle Sektionen wurden aufgefordert, Vertreter dorthin zu schicken, die die Resolution abschreiben und an den Sektionen verbreiten sollen. Es soll dann in allen Sektionen darüber diskutiert werden.

Am Dienstag, 17. 10. 89, soll dann um 17.00 Uhr eine weitere große Zusammenkunft auf dem HUB-Innenhof stattfinden, die ausschließlich der weiteren Diskussion und endgültigen Verabschiedung der Resolution dienen soll.

Es wird mit der Teilnahme von über 1500 Studenten aller Sektionen gerechnet.

Dazu faßte Richard Schmidt gemeinsam mit FDJ-Sekretären der Sektionen folgenden Beschluß:

Den Massen soll vorgeschlagen werden, 5 Arbeitskreise zu folgenden Themen zu bilden, für die jeweils Gäste eingeladen werden sollen (um die Masse zu verteilen):

1. Zukunft des FDJ-Verbandes
 - Einladung an Feist, Peter (Absolvent Philosophie) vorgesehen
2. Medienpolitik (Umgestaltung der Medien und Forderung nach einer eigenen Studentenzeitung der HUB)
 - Einladung von Prof. Meyer, Rienecke (ph) sowie von Vertretern von "Elf99" und "Junge Welt" vorgesehen
3. Innerverbandliche Demokratie
 - Einladung von Prof. Land (ph), Micha Brie (ph), Thomas Pätzold (ph) vorgesehen
4. Rechte der FDJler an der HUB
 - Einladung des Prorektors E/A Prof. Keitel sowie von Vertretern der Sektion Rechtswissenschaft und des FDGB-Kreisvorstandes geplant
5. "Die Straße als Ort der Diskussion und Auseinandersetzung - Demonstrationen"
 - Einladung von Prof. Dohle und von Vertretern der Sektionen Kriminalistik, Psychologie und des VP-Präsidiums Berlin geplant

Wenn diese Vorgehensweise gelingt, könnte dies zu einer Entschärfung der Situation und zu einem sachlichen Dialog beitragen.
Provokationen können jedoch bei dieser Massenzusammenkunft nicht ausgeschlossen werden.

Die Quelle ist überprüft und zuverlässig.

Xerteiles durch HVH: BV Berlin

Xerteiles durch ZOS: Original GO-Mi

Kopien an: HA XI, ZHIG

BSU

000346

Information

zur gegenwärtigen Situation des 4. Zuges der 106. Kampfgruppen-
hundertschaft der Humboldt-Universität zu Berlin

Der politisch-ideologische Zustand der o. g. Einheit kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eingeschätzt werden. Im Ausbildungsjahr 1989 nahm der 4. Zug lediglich am 12. 3. 89 und am 22. 4. 89 an den planmäßigen Ausbildungen teil. Danach wurden die Kämpfer nur noch am 1. 5. 89 als Ordner in Zivil eingesetzt.

Seit dieser Zeit ist der Zug nicht mehr zusammengedommen. Es gab weder politisch-ideologische Gespräche zu den aktuellen Ereignissen, noch liegen Hinweise und Pläne für mögliche Einsätze vor.

Die Haltung der einzelnen Kämpfer ist deshalb nicht eindeutig zu bewerten.

Vor allem stieß die Entscheidung, daß der 4. Zug nicht an der Abschlußprüfung am 30. 9./1. 10. 89 teilnimmt, auf Unverständnis.

Die politische Notwendigkeit der Kampfgruppen wird dadurch in den Augen einzelner Kämpfer in Zweifel gezogen. Gründe für die Nichtteilnahme der Einheit an der Abschlußprüfung wurden den Kämpfern nicht genannt. Durch Nachfrage beim Zugparteisekretär wurde bekannt, daß diese Entscheidung auf höherer Ebene gefällt worden ist, so daß der Kommandeur der 106. Kampfgruppenhundertschaft diese Festlegung nicht ändern konnte oder wollte.

Der Zugführer und der Zugparteisekretär des 4. Zuges vertraten die Meinung, daß die Ausgrenzung der Einheit ungünstig auf die Kampfmoral und den Ausbildungsstand des Zuges gewirkt hat.

Es muß eingeschätzt werden, daß der hohe Ausbildungsstand des 4. Zuges, der 1988 durch ein einwöchiges scharfes Schießen in Zingst erreicht worden ist, bereits zurückgegangen ist.

In Gesprächen zwischen einzelnen Kämpfern des 4. Zuges wird offen Unverständnis geäußert, daß gerade in der jetzigen angespannten innenpolitischen Situation nicht mit den Genossen gearbeitet wird.

Information

Inoffiziell wurde eingeschätzt, daß Probleme, bezogen auf die sicherheitspolitische Lage der 150. Kampfgruppenhundert-schaft, VEB Berlin Chemie, in der 2. Gruppe des III. Zuges bestehen. Es handelt sich dabei um die Kämpfer des VEB Luft-technik Berlin, Tel.: 6 81 40 71.

Diese Probleme bestehen insbesondere in Disziplinschwächen der Gruppe und im bereits mangelnden Vertrauen der Kämpfer anderer Gruppen in die Einsatzbereitschaft und Zuverlässig-keit dieser Genossen.

Mehrfach wurden durch den Parteisekretär der 2. Gruppe, Ge-nossen [REDACTED] die Einladungen an die Kämpfer nicht ord-nungsgemäß und rechtzeitig weitergeleitet. Über Antrittsstär-ken erfolgte durch Genossen [REDACTED] mehrmals keine Rück-meldung. Zum Zeitpunkt der Überprüfung war Genosse [REDACTED] im Ur-laub und soll zum Problem der Antrittsstärken gesagt haben, daß ihn diese überhaupt nicht interessieren. Fehlten Genossen zur Absicherung von Demonstrationen (wie Liebknecht/Luxemburg oder zum 1. Mai) wurde dies durch Genosse [REDACTED] nur ungenügend bzw. garnicht ausgewertet. Es ist festzustellen, daß Genosse [REDACTED] den einzigen gemeinsamen Auftritt mit den Kämpfern seines Betriebes zum Jahresabschlußball hat.

Die bestehende Situation einer mangelnden politischen und orga-nisatorischen Führung wird weiterhin dadurch kompliziert, daß der bisherige Gruppenführer, Genosse [REDACTED] aus gesundheitlichen Gründen (akute chronische Bronchitis) noch 1989 aus der Kampfgruppe ausscheiden muß. Dank der Einsatzbereitschaft und Autorität des Genossen [REDACTED] wurde der Zusammenhalt und die Disziplin der Gruppe hauptsächlich gewährleistet. Die Frage des Nachfolgers für ihn ist noch nicht geklärt.

Weitere Unklarheiten bestehen über die Teilnahme des Genossen [REDACTED] am Waffenreinigen. Es fehlt an eindeutigen Re-gelungen bzw. Entschuldigungen.

Zur Abschlußüberprüfung am 16./17. 9. 89 fehlte Genosse [REDACTED] unentschuldigt trotz mehrmaliger Rücksprachen in der BPO.

In der 2. Gruppe kam es 1989 zu zwei Austritten aus politischen Gründen:

[REDACTED], [REDACTED] - wegen Ausreiseantrag und [REDACTED], geb. [REDACTED] wegen Parteiaustritt.

Im August 1989 kam es zu einem besonderen Vorkommnis. Während einer BA-Kontrolle wurde bei Genossen [REDACTED] in der TSM-Tasche eine alte scharfe Patrone für MPI gefunden.

Während in den anderen beiden Gruppen die politische Lage und militärische Einsatzbereitschaft als gesichert betrachtet wer-den kann, trifft diese Einschätzung auf die zweite Gruppe nicht zu.

Aktuell-politische Situation am Bereich Angewandte Kernphysik
an der Sektion Physik der TU Dresden

Aus allen mir vorliegenden Informationen geht hervor, daß sich keiner der Studenten an den Ausschreitungen bzw. Demonstrationen in Dresden beteiligt hat.

Die politisch-ideologische Atmosphäre ist konstruktiv-kritisch. Krawalle und Gewalt werden abgelehnt. Es wurde unterstrichen, daß niemand bereit ist, sich in der jetzigen komplizierten Situation gegen Staat und Sozialismus mißbrauchen zu lassen. Gleichzeitig erwarten aber alle Studenten, daß berechnete kritische Hinweise berücksichtigt werden, um in der innenpolitischen Entwicklung wieder eine für alle Bürger ersichtliche Dynamik zu erreichen. Die Schwerpunkt der Forderungen nach Veränderungen betreffen:

- eine durch Offenheit, Ehrlichkeit und Konstruktivität charakterisierte Informationspolitik, deren Aussagen und in der Praxis nach erlebbar sind
- eine Änderung in der Reisepolitik
- Änderungen in der Wirtschaftspolitik (Durchsetzung des Leistungsprinzips, Beseitigung von Mängeln und Defiziten)
- Änderung der Lohn- und Preispolitik und der Subventionspolitik, ebenso der Renten
- Erlebbare Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die hier angegebenen Schwerpunkte stimmen mit den Forderungen überein, die von einer Reihe von Genossen (14) während der persönlichen Gespräche zum Umtausch der Parteidokumente erhoben wurden. Bei diesen Gesprächen muß eingeschätzt werden, daß kein Genosse kritiklos hinter allen Momenten der Politik der Partei- und Staatsführung steht. Kritisiert wird eine zu starke Passivität, ein Handlungsparalyse, die Aufgabe einer aktiven Politik. Mehrmals wurde geäußert, daß das Vertrauen in die Führung sich in den letzten Wochen und Monaten verringert hat.

Von Mitarbeitern ist mir bekannt, daß der Ingenieur [REDACTED] die Ereignisse am Dresdner Hauptbahnhof als Zuschauer gemeinsam mit seiner Frau verfolgte und daß Gen. [REDACTED] an der Dresdner Demonstration durch die Innenstadt als Beobachter teilnahm.

[REDACTED] ist kirchlich gebunden, sein Schwiegervater hat in der Kirche einen höheren Posten inne. Das Verhalten von Gen. [REDACTED] wurde im Arbeitskollektiv ausgewertet. Es wurde ihm verdeutlicht, daß auch passive Teilnahme unsere Gegner stärkt.

Es gibt keine Anzeichen, daß im Bereich führende Vertreter der gegenwärtigen Ausschreitungen und Demonstrationen tätig waren oder tätig sind.

BSIU

000355

MIS

— 393 — E12

16 OKI. 1989

Tgh. Nr. 2933189

Walter am:

Walter

P
km.

Kopie zu FIG, ~~HT~~ VN
ev. No

Stabsicherheit
 BV HVA
 St./KD/OD XIII

Stab E 4891/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:	
Originale an DE zurück:	ja/nein
Kopien insgesamt:	BSTU

Erfassende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

Information/Ergänzung: **Pol.-ideol. Situation am ZI f. Optik/Spektroskopie AdW**

Tgb.-Nr./Datum:	13.10.89			
bestätigt:				

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB															
		ZMA-Nr.		ZMA-Nr.	Dok.-Nr.															
1. wie oben	A	I	B	5	2	7	1													
2.																				
3.																				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits abgegeben)**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS, HA XVIII**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: inoffiziell				
Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN	---	---	---	Datum/Signum: ---
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 450
 - Nichtzutreffendes streichen
 - Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
 - Reihenfolge eintragen
 Stark unrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Politisch-ideologische Situation (ZOS; AdW)

Die nachfolgende Einschätzung der politisch-ideologischen Einschätzung bezieht sich nur auf die Situation in der Abteilung, von anderen Abteilungen habe ich keine Kenntnisse und kann dazu keine Aussagen machen. In den letzten Tagen und Wochen ist eine stärkere und klarere Polarisierung der Mitarbeiter zu verzeichnen.

Dabei entwickelten sich alle Mitarbeiter bezüglich ihrer Standpunkte und Meinungen in der Richtung weiter, in die man sie auch vorher schon einordnete bzw. deren Standpunkte sie vertraten. Eine sprunghafte Entwicklung oder Änderung politischer Meinungen und Standpunkte ist nicht vorhanden, maximal eine klarere Formulierung der Standpunkte. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch die Ausreisewelle über Ungarn, dem Verrat des stellvertretenden Institutsdirektors, der Besetzung von BRD-Botschaften durch DDR-Bürger und die "Lösung" bzw. "Nichtlösung" dieses Problems sowie die Ereignisse in Leipzig und zum 7. Oktober sowie deren "Wider Spiegelung" in Presse und Fernsehen, das nicht sichtbare Reagieren bzw. viel zu späte Reagieren unserer Partei- und Staatsführung darauf. Bei vielen Kollegen war und ist eigentlich eine tiefe innere Anteilnahme und auch Trauer über die hohe Zahl der Ausreisenden und deren Alter zu spüren. Damit kommt meiner Meinung nach eine unbewusste, aber letztendlich doch vorhandene Identifizierung mit unserem Staat, Land und Heimat zum Ausdruck. Bemerkenswert ist, daß immer mehr Mitarbeiter die ständigen Sendungen des BRD-Fernsehens über die Ausreisenden bzw. Verhältnisse bei uns nichtmehr sehen und hören können, werden aber zum Teil durch unsere Massenmedien dazu gezwungen. Ca. 1/4 der Mitarbeiter bleibt bei dieser Registrierung und Anteilnahme stehen. Die anderen 3/4 diskutiert natürlich heftig die Ursachen für diese Entwicklung und wie man diese Ursachen beseitigen könnte. Ein Teil bleibt bei der Diskussion der Ursachen stehen (zu den Ursachen: s. Auswertung der persönlichen Gespräche in der PG bzw. Brief der GO an den Gen. Schabowski). In der Diskussion der Ursachen und den Vorschlägen, wie man sie beseitigt, darin scheiden sich die Geister. Es existieren fast so viele unterschiedliche Standpunkte wie es Mitarbeiter gibt. Dabei sieht man die Ursachen in 1. Linie vor allem in einer mangelhaften Ökonomie, im Nichtexistieren des Leistungsprinzips, im System der Leitung und Planung, im Wahlsystem, aber auch in der Altersstruktur unserer Partei- und Staatsführung und dem Privilegienunwesen in fast allen Leitungsebenen gesellschaftlicher und staatlicher Organisationen und natürlich der Parteien.

Zweifel an der Diktatur des Proletariats, an den bestehenden Produktionsverhältnissen und an der Führungsrolle der SED hat eigentlich keiner, nur an der Art und Weise der Führung und der Verknüpfung von Staat und Partei.

Diese Fragen werden aber nur von ganz wenigen gestellt (ca. 2 - 3 Mitarbeiter).

Das "schöne" an der Situation aber ist, daß man mit allen in das politische Gespräch gekommen ist und daß man über Meinungen und Ansichten diskutiert und sie nicht einfach ignoriert oder belächelt.

Die Genossen diskutieren dabei sehr offen, äußern klare Meinungen, die identisch mit denen der GO ist, haben auch zu den wichtigsten und fast allen Fragen eine identische Meinung, die man, weil sie offen, ehrlich, kritisch und selbstkritisch aber auch optimistisch sind, achtet. Der Einfluß einer "Oppositionsbewegung" ist in der Abteilung nicht zu spüren, soweit mir bekannt ist, wurden auch keine Versuche unternommen, jemandem für diese Bewegung zu gewinnen (z. B. für das "Neue Forum"), wobei ich mir nicht sicher bin, ob in der Abteilung nicht 2 - 3 Mitarbeiter Mitglied dieser Bewegung sind. Jedoch merkt man das, wenn überhaupt, nur in der Diskussion. Versuche, Unterschriften dafür zu sammeln, sind mir nicht bekannt, auch keine Aufrufe, an bestimmten Demonstrationen teilzunehmen.

Ich glaube auch (ohne mir natürlich dabei 100 %ig sicher zu sein), daß damit niemand so schnell Erfolg hätte, da doch alle, wie schon gesagt, ihren politischen und ideologischen Standpunkt behalten haben und nur gefestigt bzw. weiterentwickelt haben. Nur einmal ist das Flugblatt des "Neuen Forums" bei uns aufgetaucht, aber ohne Unterschriften, wohl nur zur Information über Inhalt und Ziel dieser Bewegung, woher es kam und wohin es ging, ist mir unbekannt.

gez. IM

B e r i c h t**über Stimmungen und Meinungen von Genossen der HA Biotechnologie
des Kombines CLG Leipzig-Grimma**

Unter den Genossen der HA Biotechnologie herrscht die Meinung vor, daß die Schuld an der gegenwärtig angespannten innenpolitischen Situation nicht in erster Linie der Staats- und Parteiführung angelastet werden kann, da diese anscheinend nicht ausreichend und wahrheitsgemäß über die tatsächliche Lage im Lande informiert sei. Dies wird daraus geschlußfolgert, daß auf in den zurückliegenden Monaten und Jahren eingebrachte Vorschläge und Kritiken keinerlei Reaktion oder Echo zu verzeichnen war. Es wird davon ausgegangen, daß die Parteiführung bei wahrheitsgemäßer Information sicher schon längst entsprechende Maßnahmen und Veränderungen durchgeführt hätte.

Aus diesem Grunde wird die Hauptschuld den "verknöcherten" hauptamtlichen Funktionären in den mittleren Ebenen (KL, BL) zugesprochen, die durch schöngefärbte und redigierte Berichte zur Desinformation der Parteiführung beitrugen.

In der Auseinandersetzung mit dem "Neuen Forum" wird davon ausgegangen, daß ~~sich~~ deren Forderungen jeder lesen könne. Den Genossen ist allerdings größtenteils auch klar, daß es sich bei deren Programm um ein "trojanisches Pferd" handelt und dahinter staatsfeindliche Ziele stehen. Die Genossen sind der Meinung, daß die Forderungen des "Neuen Forums" eigentlich die gleichen seien, die sich auch die Partei auf die Fahnen geschrieben hat. Deshalb wird es als unbedingt notwendig erachtet, daß die Partei sich diese Forderungen zu eigen macht und alle, auch das "Neue Forum", auffordert, bei deren Erfüllung mitzumachen. Das würde bedeuten, daß man das "Neue Forum" und andere oppositionelle Kräfte am besten dadurch disqualifiziert, daß man beginnt, das Parteiprogramm konsequent in die Tat umzusetzen.

Darüber hinaus wird es als notwendig erachtet, innerhalb des Kombines CLG positive Beispiele zu schaffen, indem man zunächst in einzelnen Bereichen/Abteilungen die Forderungen der Partei konsequent umsetzt und an diesen Beispielen deren Wirksamkeit nachweist.

Die Quelle ist überprüft und zuverlässig.

B e r i c h t

zur aktuell-politischen Lage an der AdW-Arbeitsstelle für Technische Mikrobiologie (ATM) Berlin-Buch

Insgesamt werden bei vielen Mitarbeitern des ATM die gleichen Diskussionen wie am ZIM geführt. Besonders ausgeprägt hat sich bei einigen Mitarbeitern eine Grundhaltung gegen den Staat, seine gegenwärtige Politik, bes. in Auseinandersetzung mit den oppositionellen Kräften sowie gegen Gewalt von allen Seiten.

Besonders tut sich dabei [REDACTED] hervor, der die Diskussionen immer wieder anheizt und immer wieder die Forderung nach Rücktritt der Staats- und Parteiführung aufstellt. Darin wird er von anderen Mitarbeitern der ATM jedoch unterstützt.

Der technische Mitarbeiter der ATM [REDACTED] wurde dabei ertappt, daß er den Aufruf des "Neuen Forums" in den Rechner schrieb, vermutlich um auf diese Weise leicht Kopien herstellen zu können. Ein ausgesprochenes Verbot, die Arbeit zu Ende zu führen, wurde jedoch durch ihn akzeptiert.

[REDACTED] als Leiter der ATM wird seiner politischen Führungsrolle nicht im erforderlichen Maße gerecht. So geht er u. a. mit seinen Leistungsforderungen zurück und setzt sich nicht konsequent genug mit negativen Verhaltensweisen auseinander. Er tritt jedoch dafür ein, daß die an der ATM tätigen Genossen einheitlich auftreten.

MFS	012107618	StU
- 893 -		000367
16	OKL. 1989	
Tab. No.	2937189	
Volume:	Vol. 2	Part.

Ministerium für Staatssicherheit
 HA/selbst. Abt./BV H V A
 Abt./selbst. Ref./KD/OD XIII

Stab E 4894/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPPIEN: BStU
Originale an DE zurück: ja/nein*
Kopien insgesamt: 000368

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: HUB/Sektion Theologie/Biologie Ernteeinsatz/Vorkommis
Tgb.-Nr./Datum: 13.10.89
bestätigt:

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein*	ja/nein*	ja/nein*

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
1. wie oben	A	I B 2 1 8 7			
	A/B/C/D/E* ja/nein*				
2.					
	A/B/C/D/E* ja/nein*				
3.					
	A/B/C/D/E* ja/nein*				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER: **Abt. VII (bereits abgegeben)**
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS, BV Berlin**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV:

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein*	ja/nein*

QUELLEN: inoffiziell	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Posteingangs-Nr.:				
Datum/Postengang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN	---	---	---	--- Datum Signum: ---
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11:79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 460
 * Nichtzutreffendes streichen
 ** Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV Reihenfolge eintragen
 Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

I n f o r m a t i o n

zu einem Vorkommnis mit Studenten des 1. Studienjahres der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin während des Ernteeinsatzes

Kürzlich wurde ein Ernteeinsatz von Studenten des 1. Studienjahres der HUB in Michendorf bei Lehnin durchgeführt. Die Studenten waren in 2 getrennten Lagern untergebracht. Im Lager I waren ca. 550 Studenten u. a. der Sektion Biologie der HUB, von denen ca. 100 Mitglied der SED waren. Im Lager II waren 200 Studenten (nur 14 Genossen) u. a. der Sektion Theologie untergebracht.

Am Abend des 3. 10. fand im Lager II auf Initiative der Theologie-Studenten eine Versammlung statt, die teilweise äußerst "chaotisch" verlief und auf der die Pamphlete der Oppositionsgruppen "Neues Forum", "Demokratie jetzt" und der Sozialdemokratischen Partei" verlesen wurden. Am 4. 10. 89 suchten ohne Ankündigung ca. 40 Theologiestudenten das Lager I auf und überbrachten den dort untergebrachten Studenten - von Zimmer zu Zimmer gehend - eine Einladung für ein weiteres Gespräch. Davon wurde jedoch die Lager- bzw. FDJ-Leitung nicht unterrichtet.

Durch die Lagerleitung wurde jedoch - nachdem es durch einen älteren Genossen einige Ausfälligkeiten gab - überlegt gehandelt und eine Einladung an die Theologiestudenten für den 5. 10. 89 zu einer Gesprächsrunde ausgesprochen. Auf dieser Versammlung wurde ein Beschluß der Parteimitglieder, die Initiative für anstehende Veränderungen zu ergreifen, bekanntgemacht und auch über die während der Parteiversammlung stattgefundenen Diskussionen informiert. Durch dieses offensive Vorgehen wurde einerseits das Selbstvertrauen der jungen Genossen gestärkt und andererseits den anwesenden oppositionellen Kräften völlig "der Wind aus den Segeln" genommen, so daß es zu keinen weiteren Vorkommnissen kam.

Die Quelle ist überprüft und zuverlässig.

BSIU
000370

MIS
— 973 — 2212080189
16 OKT. 1989
Tgl. Nr. 296/189
Walter on: *Walter J. Mm.*

Kuopie HA xviii, ZAIG are no G.

Sicherheit HVA
 /BV XIII
 Ref./KD/OD

Tab E 4895/89
 BStU

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:
 Originale an DE zurück: ja/nein *
 Kopien insgesamt: *000371*

ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79
 zur Information/Ergänzung: **Situation Kombinat CLG Leipzig-Grimma/Bereich Forschung**

Tgb.-Nr./Datum: **13.10.89**

bestätigt: *[Signature]*

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN		SVA	HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **			IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
1. Wieoben	A	B	5	1	87
	Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79				
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
2.					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
3.					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits erfolgt)**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS, BV Leipzig, HA XVII, 7718**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *
ZPDB-Zugriff	frei		

QUELLEN: inoffiziell	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Posteingangs-Nr.:				
Datum/Posteingang:			Datum/Signum:	
UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11.79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 460
 * Nichtzutreffendes ankreuzen
 ** Über den Verteiler hinaus für andere HA selbst. Abt./BV
 *** Reihenfolge eintragen
 Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Bericht
über Meinungen/Stimmungen im Direktionsbereich Forschung des
Kombinates CLG Leipzig-Grimma zur Erklärung des Politbüros
des ZK der SED vom 11. 10. 89

1. Mitglieder der SED

Ein Großteil der Genossen ist erleichtert, daß überhaupt eine Stellungnahme von der Parteiführung kam. Sie ist jedoch der Meinung, daß zu allen angesprochenen Problemen noch deutlicher hätte Stellung bezogen werden können, vor allem zum Problem einer ehrlichen Berichterstattung in der Parteipresse.

Die Genossen sind der Meinung, daß die Situation wesentlich kritischer ist als es in der Erklärung zum Ausdruck kommt.

Es wird unter den Genossen herumgerätselt, wie einheitlich das PB zu dieser Erklärung kam und ob manche PB-Mitglieder erst um eine solche Erklärung kämpfen mußten. Insbesondere wird davon ausgegangen, daß Erich Honecker erst von der Notwendigkeit einer solchen Erklärung "überzeugt" werden mußte. Man ist der Auffassung, daß Gen. Honecker aufgrund seines Alters und Gesundheitszustandes noch vor dem XII. Parteitag seine Funktion aufgeben sollte.

Es wird eingeschätzt, daß die Erklärung wesentlich früher hätte kommen müssen. Trotz der Erklärung sind einige Genossen immer noch skeptisch, ob die formulierten Forderungen auch wirklich erfüllt werden und die Parteiführung tatsächlich erwacht sei. Manche Stimmen fordern, daß der XII. Parteitag in Anbetracht der Situation vorgezogen werden müßte.

Die meisten Genossen sind der Auffassung, daß die Aktivitäten der Parteiführung nicht erst zu einem Zeitpunkt hätten einsetzen dürfen, als es in Anbetracht der Demonstrationen nicht mehr anders ging. Dies bedeute, daß Demonstrationen eben doch etwas Positives bewirken.

Man ist sich jedoch auch darüber im Klaren, daß, falls die angekündigten Veränderungen sich nicht vollziehen, die Ausreisewelle weiter erhalten und sich sogar noch verstärken wird.

2. Kollegen

Die Kollegen verlangen vor allem wirtschaftliche Reformen und eine Durchsetzung des Leistungsprinzips.

Besonders stehen folgende Forderungen im Mittelpunkt:

- Durchsetzung einer richtigen Preisstruktur (Einzelhandelspreise, Industriepreise, Mieten)
- Durchführung einer Wahlreform (Aufstellung von mindestens 2 Kandidaten je Mandat)
- Zulassung des "Neuen Forum" und Zustimmung zu einer Wahlbeteiligung. Danach wird man sehen, was passiert bzw. ob diese Gruppe überhaupt gewählt wird.
- Ablehnung der Gewalt von allen Seiten, sowohl von den Randalierern als auch den Sicherheitskräften, da Gewalt immer Gewalt erzeugt.

- Statt dessen soll der Dialog mit den oppositionellen Kräften durch Parteifunktionäre fortgesetzt werden.

Die Kollegen sind der Meinung, daß sich aufgrund des nunmehr friedlichen Charakters der Montags-Demonstration zukünftig immer mehr Menschen daran beteiligen werden.

Insgesamt sind sich alle einig, daß der DDR eine ganz schwierige Zeit bevorsteht. Die Mehrzahl der Kollegen ist bereit, mehr zu arbeiten, da sie der Überzeugung sind, daß sonst nicht mehr herauskommen kann.

Sie sind jedoch auch der Meinung, daß dazu grundlegende Veränderungen in der Wirtschaftsführung notwendig sind, die nicht nur verkündet werden dürfen sondern auch durchgesetzt werden müssen. Aufgrund der Einschätzung der Lage und der aufgestellten Forderungen besteht unter den Genossen und Kollegen eine große Erwartungshaltung.

Die SED-APO des DB Forschung des CLG hat in Auswertung der persönlichen Gespräche einen Bericht verfaßt, der an das ZK der SED übersandt wird.

Die Quelle ist überprüft und zuverlässig.

Anlage

Abschrift des "Berichtes über bisherige Ergebnisse der Vorbereitung der Parteiwahlen und daraus abgeleitete Vorschläge" der APO Forschung des Kombinates CLG.

B e r i c h t

über bisherige Ergebnisse der Vorbereitung der Parteiwahlen
und daraus abgeleitete Vorschläge

Die Vorbereitung der Parteiwahlen ist gekennzeichnet von der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation in unserer Republik. In Auswertung der bisher durchgeführten persönlichen Gespräche, der Leitungsberatung am 3. 10. 89 und der Gruppenversammlungen am 9. 10. 89 erwarten die Genossen der APO Forschung eine klare Antwort auf die gegenwärtig aufgeworfenen Fragen, die im folgenden dargelegt werden:

1. Wir fordern eine aktuelle und sachliche Information über die Ereignisse in der DDR durch Presse und Fernsehen, auch über illegales Verlassen von DDR-Bürgern, der Demonstrationen und der ökonomischen Situation.
Insgesamt muß unsere Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda attraktiver und der tatsächlichen Vielfalt der Meinungen angepaßt werden.
2. Wir erwarten eine klare Stellungnahme und Lösungsvorschläge der Partei- und Staatsführung zu allen auftretenden aktuell politischen Ereignissen vor allem in unserer Republik, damit wir die Genossen an der Basis in der politischen Arbeit befähigen können, die politischen Gespräche mit unseren Kollegen im Sinne der Weiterentwicklung des Sozialismus führen können.
3. Von den Genossen und dem überwiegenden Teil unserer Kollegen ist die Bereitschaft vorhanden, durch hohe Leistungen ihren konkreten Beitrag zur ökonomischen Stärkung des Kombines und damit der Republik zu leisten. Die Umsetzung dieser Leistungsbereitschaft verlangt jedoch Veränderungen in der Organisation der Arbeit des Kombines und der gesamten Wirtschaft. Deshalb sind wir der Auffassung, daß durch zentrale Entscheidungen über Veränderungen und Verbesserungen im Planungssystem, in der Strategie und in der Anwendung des Leistungsprinzips eine wesentliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität, verbunden mit hohen eigenen Arbeitsleistungen, erreicht wird.
4. Die o. g. Veränderungen zur Stärkung der soz. Produktionsverhältnisse müssen auf der Grundlage einer ehrlichen Analyse der vorhandenen Situation in jedem Wirtschaftszweig und Kombinat herausgearbeitet werden.
5. Die Genossen der APO Forschung sind bereit mit großer Einsatzbereitschaft die politischen und ökonomischen Aufgaben zu lösen, wenn diese von uns geforderte Aussprache mit Festlegung konkreter Maßnahmen von unserem ZK eingeleitet wird. Es wird erwartet, daß die Lösung dieser Aufgaben an jeder Stelle der Partei und dem Staat leistungsfähige, bewußte Kader eingesetzt werden.

BStU

000375

6. Es wird erwartet, daß durch eine umfassende sozialistische Demokratie in unseren Massenorganisationen vor allem FDGB und FDJ eine breite und ehrliche Mitwirkung unserer Kollegen erzielt werden kann. Dazu sind Maßnahmen notwendig die Formalismus ausschließt, jedoch eine offene Aussprache zuläßt und fordert.
7. Weitere Austritte aus unserer Partei werden wir nur dann vermeiden, wenn konstruktive Schritte zur Lösung der aufgeworfenen Fragen eingeleitet werden. Sollten diese Schritte von unserer Parteiführung festgelegt werden, gäbe es vom überwiegenden Teil unserer Genossen eine große Bereitschaft mit eigenen Ideen und Vorstellungen an Lösungen der Aufgaben im Interesse der Stärkung des Sozialismus in der DDR weiter mitzuarbeiten.

МІСЦЕ ПРОВІДАННЯ — 393 —	
16 УЛІ. 1985	
Тоб. №. 2929189	P.000376
Вектор: <i>W. J.</i>	<i>W. J.</i>

Купів ЗПІА, HA XX ер. до.

Zur politisch-ideologischen Situation unteren Studenten
(Ing.-Schule für Holzverarbeitung Dresden)

In der Grundhaltung der Studenten zu unserem Staat und zur Politik unserer Partei hat sich in den Jahren 1988 und 1989 eine Wende zum Negativen vollzogen.

Ein großer Teil des Zukunftsoptimismus und des Vertrauens in unsere Weltanschauung, also in die Theorie, ist angesichts ihrer Praxiserfahrungen dahingeschwunden. Sie haben die Oberschule, die Lehre und überwiegend die Armeezeit durchlaufen, also Lebenserfahrungen gewonnen, können vergleichen und haben auch durch politische Bildung die Möglichkeit, viele Erscheinungen und Erfahrungen theoretisch zu untersetzen. Aus dieser Sicht schälen sich einige Schwerpunkte in den Diskussionen heraus:

Ein genereller Vertrauensbruch gegenüber Partei und Regierung, ein tiefer verfahrenener Widerspruch zwischen den Realitäten des Lebens in der DDR und der Widerspiegelung in unseren Medien und im Alltag. Sie fühlen sich betrogen und zum Teil regelrecht veralbert. Unsere Propaganda hat aufgrund dieser Tatsachen keine Glaubwürdigkeit, keinen Widerhall und keine Initiativen.

Sie empfinden die Berichte über unsere politische und ökonomische Situation als Phrasen und die über gesellschaftliche Ereignisse als "Halbberichterstattung".

Als zweiter Schwerpunkt kann die Einschätzung unserer sozialistischen Demokratie bezeichnet werden. Die Studenten sehen die wirkliche Einflußnahme der Werktätigen auf den Gang der gesellschaftlichen Ereignisse als nicht gegeben an, in gesellschaftlichen Organisationen noch im kommunalen Bereich, sie fühlen sich veralbert und gegängelt und daß das wirkliche Sagen nur den beamteten Funktionären vorbehalten bleibt.

Diese Probleme entzündeten sich besonders an den Kommunalwahlen und an unserem Wahlsystem. Sie sehen in der Einheitsliste, an der fehlenden Möglichkeit mit "Ja" oder "Nein" zu stimmen als Trick an, um einen wirklichen Wahlvorteil zu entgehen. Das Auftreten vieler Funktionäre wird als arrogant angesehen, die die Massen als Statisten zum Beifallklatschen bringen und ihre Funktionen als "Erbgut" betrachten.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die sich über Jahrzehnte hinziehenden Mangelprobleme in der Wirtschaft und Versorgung, die sie von ihren Eltern und nun aus eigenem Erleben erfahren. Desgleichen die Wert-erhaltungs- und Wohnungsprobleme, die trotz voranschreitendem Wohnungsbauprogramm kaum positive Veränderung erfahren. In diesem Zusammenhang spielt auch der sichtbare Verfall vieler Städte eine Rolle.

Ein weiteren Schwerpunkt bilden die unzähligen Privilegien in unserer Gesellschaft, die von ihnen in bezug auf Kfz-Bestellungen, Wohnungen, Devisen und Auslandsreisen sowie Mangelartikel genannt werden.

Die Diskussionen über berufliche Benachteiligungen christlicher Bürger sind dagegen, obwohl noch vorhanden, zurückgegangen. Soweit einige Schwerpunkte.

Es ist auf dieser Grundlage nicht schwer zu verstehen, daß westliche Nachrichten- und Propagandasendungen immer wieder tiefe Einbrüche in das Denken der Studenten und neue Zweifel erzielen.

Die Studenten halten sich auch vielfach zurück mit dem Gedanken, Studium beenden bzw. absolvieren und dann weitersehen. Die Gesamtsituation würde ich nicht als explosiv, aber sehr gespannt ansehen.

Gute Genossen, auch in den Diskussionen erkennbar, verstehen nicht, daß die Parteiführung kein Signal setzt und nicht zu offensivem Handeln übergeht.

Die Partei wird oft mit einem führerlosen Schiff im Seegang verglichen. Den Älteren Genossen unter den Lehrern wird immer wieder die Erinnerung an den 17. Juni 1953 vor Augen gerückt.

gez. IM

BStU
000380

MFS
— 693 — 612/212185
15 OKT 1984
Tsch. Nr. 2962189 P
Walter am: Wlt. Dr. Kmt.

Kopie HA XX, ZHIG evl. Mo

Staatssicherheit
Abt./BV
Post. Ref./KD/OD

HVA
XIII

Stab E 4897/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:	
Originale an DE zurück: ja/nein*	
Kopien insgesamt:	BSTU
	000381

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: **Zur Lage an der Ing.schule für Chemie Berlin**

Tgb.-Nr./Datum: **13.10.89**

bestätigt:

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL.	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
	Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79				
1. [REDACTED] 1092 Berlin	A	I	B	2	1
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
2. [REDACTED] 1113 Berlin	A	I	B	2	1
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
3. [REDACTED] 1123 Berlin	A	I	B	2	1
	A/B/C/D/E * ja/nein *				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHALTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)	alle Personen nicht überprüft		
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registrierennummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:

innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits abgegeben)**

außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS. BV Berlin** *MA 8, 779*

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *

QUELLEN: inoffiziell

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN ... Datum/Signum: ...				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 468

- Nichtzutreffendes streichen
- Über dem Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
- Reihenfolge eintragen

Stark unvordnete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Information
zu aktuellen Aspekten der Lageeinschätzung in der Ingenieurenschule für Chemie Berlin

Im Bereich des Lehrkörpers der Ingenieurschule wurden ab September 1989 erste Hinweise auf feindlich-negative Haltungen festgestellt.

Die technische Assistentin


Chemieingenieur
wh.: 1092 Hohenschönhausen


versuchte die Gewerkschaftsleitung der Schule zu überzeugen, eine von ihr angefertigte Stellungnahme zu Problemen der Entwicklung der DDR zu übernehmen und als Meinung der Gewerkschaftsangehörigen der Schule dem FDGB-Bundesvorstand zu übersenden.

Nach Zurückweisung trug sie das gleiche Anliegen der Schulparteileitung vor, nach deren ablehnendem Bescheid zog sie sich mit dem Material zurück.

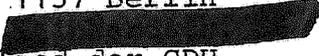
Der konkrete Wortlaut liegt nicht vor!
Neue Aktivitäten seitens der  konnten nicht festgestellt werden.

Im Zusammenhang mit Diskussionen zur politischen Lage der letzten Wochen bezweifelte die Fachschullehrerin


wh.: 1113 Berlin


die Berechtigung der führenden Rolle der SED bei der Entwicklung des Sozialismus in der DDR.

Die Fachschullehrerin


wh.: 1157 Berlin


Mitglied der CDU

hält es für möglich, daß die Notwendigkeit des Eingreifens der Sicherheitsorgane am 7. und 8. 10. von ihnen selbst prozitiert wurde.

Die angeführten Handlungen und Äußerungen stellen im Lehrkörper eine Ausnahme dar. In den planmäßigen Zusammenkünften der letzten Tage wurde spürbar, daß die Mehrzahl der Lehrkräfte den Aufbau der Republik als ihr Lebenswerk betrach-

tet und daraus Motivationen für die Überwindung der gegenwärtigen Situation ableitet.

Unter den Genossen werden vor allem die seit Jahren fehlenden Reaktionen der übergeordneten Leitungen auf die mit Sorge und Nachdruck vorgetragene Probleme, kritisch hervorgehoben, sowie abwartende Positionen der Kreisleitung zu diesen Sachverhalten mit Unverständnis aufgenommen. Aufgrund dieser Situation sowie fehlender bzw. unzureichender Orientierung und Information wird ein wachsender Abstand zwischen Mitgliedern und Parteiführung konstatiert. Beispielsweise waren sie schockiert über die letzte zentrale Politinformation zur Techniker Ausbildung, die sie sowohl inhaltlich als auch zeitlich als überholt und nicht den aktuellen Informationsbedürfnissen entsprechend einordneten.

Bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR wurde ausgehend von den produktions- und absatztechnischen Terminen der "Produktpflege" der Gedanke geäußert, daß die Führung unseres Staates in der jetzigen komplizierten Zeit ein hochsensibler Prozeß ist, der eine Prüfung der Methoden, Mittel und Maßnahmen zur Leitung auf gewünschte Wirkungsweise und Reaktion von Zeit zu Zeit erforderlich macht. Aufbauend auf einer als notwendig erachteten Analyse der gesellschaftlichen Situation in der DDR werden Konzeptionen und Orientierung der Parteiführung zur Weiterentwicklung des Sozialismus erwartet.

Unter diesem Aspekt sind die Reden der führenden Parteifunktionäre anläßlich der Bannerübergabe zum 40 Jahrestag schlecht angekommen, da sie sich auf diese Probleme zu wenig konzentrierten.

Ausgehend vom programmatischen Artikel des Gen. Reinhold zur Durchsetzung des Leistungsprinzips wird die Wissenschaftlichkeit der Aussagen der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung angezweifelt. Es wird argumentiert, daß das sozialistische Leistungsprinzip nur durchsetzbar ist, wenn das entsprechende Betriebsgefüge vorhanden ist und dessen Untersuchung vernachlässigt.

Als der Durchsetzung des Leistungsprinzips entgegenwirkende Mechanismen werden von den Genossen diskutiert

- das Vorhandensein der zweiten Währung für einen Teil der Bevölkerung
- Entstehen von Privilegien und Korruption in dem Bereich der Verteilung von ungenügend vorhandenen Produkten und Dienstleistungen
- Disproportionen bei der Entlohnung von Arbeitskräften, die zu ungerechtfertigter Vernachlässigung gesellschaftlich notwendiger Arbeit führt.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Arbeit der Massenmedien wird konstatiert, daß die Bevölkerung gegenwärtig eine hohe Sensibilität für Formfragen entwickelt hat und bei ungenügender Berücksichtigung dieser Feinfühligkeit die Gefahr falscher Schlußfolgerungen seitens der Bevölkerung besteht.

BStU
000383a

3

Erläutert wurde das u. a. in der _____ der Beziehungen zu China, aus denen abgeleitet wird, daß ihre Verfahrensweise zur Herstellung und Gewährleistung des normalen öffentlichen Lebens auch der unsere sein könnte, wobei seitens der Bevölkerung unmenschliches Verhalten der eingesetzten Sicherheitskräfte in der Volksrepublik China als gegeben angesehen wird.

Die Information wurde von einer KP angeschöpft, die bisher zuverlässig informiert hat. .
Es wird um Quellenschutz gebeten.

MIS E12/2412/45	BStU
- 393 -	
16. Okt. 1989	P000384
Obj. Nr. 2943189	
W. D. L.	M. S.

Kopie HA XX, ZAIG ev. Mos

für Staatssicherheit
St. Abt./BV
Selbst. Ref./KD/OD

HVA
XIII

Stab E 4898/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN: Originale an DE zurück: ja/nein*
Kopien insgesamt: BStU

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung:	Leitungssitzung beim 1. Prorektor f. Medizin/HUB/12.10.89		
Tgb.-Nr./Datum:	13.10.89		000385
bestätigt:			

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA		HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **			IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
1. wie oben	A	I	B	5	I
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
2.					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
3.					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits abgegeben)**
außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS, BV Berlin, HAVI, 7718**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein *	ja/nein *

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11.79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 460
- Nichtzutreffendes streichen
-- Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
--- Reihenfolge eintragen

Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Bericht
über die Leitungssitzung beim 1. Prorektor für Medizin
der Charité der HUB vom 12. 10.89 , 7.30 Uhr

Anwesend waren alle Institutsdirektoren der Charité.
Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Analyse des Aufrufs der Politbüros der SED vom 11. 10. 89. Folgende Stellung wurde von ihnen bezogen:

Es ist richtig, daß in dieser bewegten Zeit sich das Politbüro der SED mit seinen Gedanken zur Lage an die Öffentlichkeit wendet.

Enttäuscht zeigten sich die Angehörigen dieses Leitungskollektivs über den Inhalt des Aufrufes und die unpersönliche Darstellung.

Ihrer Meinung nach werden konkrete Schritte zur Lösung der komplizierten Situation benötigt und nicht allgemeine Festlegungen, wie: Erhöhung der Demokratie, Reisemöglichkeiten u. ä. abgearbeitet. Da die Probleme schon viel länger bekannt sind und sich jetzt akut zuspitzen, hätten eigentlich konkrete Lösungen und Vorschläge vorhanden sein müssen. Dies ist doch die Aufgabe der Führung einer Staats- und Parteiführung.

Der Text spricht kaum an, er ist nicht volksverbunden. Wenn man den Inhalt zusammenfaßt, so kommt heraus, daß die bisherige Politik in den genannten Schwerpunktproblemen ganz gut war und nur einige Verbesserungen mit Hilfe der Menschen nötig sind. Das wird nicht so gesehen.

Schlußfolgerung: Der Anfang ist gemacht, aber das Schwerste, die Umsetzung muß nun kommen und da muß die politische Führung vorangehen und konkret werden.

Zur Lage unter den Medizinstudenten, auch in Auswertung des 'Schweigemarsches' vom 11. 10. 89 an der Mensa, wird festgestellt, daß ein großer Teil der Studenten von den Ideen des "Neuen Forum" stark eingenommen ist. Die politische Situation in der DDR ist für sie derzeit das Wichtigste.

Die Aufgabe aller Genossen muß es sein mit ihnen vernünftig zu reden, damit die Opposition an Boden und Einfluß verliert.

MfS	ED 128228	BStU
- 393 -	0000887	
16. Okt. 1989		
Fpb. Nr. 2944189		
Weiter an: <i>W. & M.</i>		

Kopie HA xm, ZHIG evl. No

Staatssicherheit

Abt./BV HV - XI/1902
Post. Ref./KD/CD

Stab E 4901/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN: 1x460
Originale an DE zurück: ja/nein*
Kopien insgesamt:

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: Information zur ...			BStU
Tgb.-Nr./Datum:	13.10.79		000388
bestätigt:	<i>[Signature]</i>		

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA		HMK
ZPDB-Zugriffsbefugnis			IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein*	ja/nein*

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
		ZMA-Nr.		ZMA-Nr.	Dok.-Nr.
1. ... politischen Situation im ZI für Molekularbiologie der AdW der DDR					
2.					
3.					

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: *[Signature]*
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: *[Signature]*

ZPDB-Zugriffsbefugnis		ja/nein*	ja/nein*	ja/nein*
ZPDB-Zugriff	frei			

QUELLEN:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Posteingangs-Nr.:				
Datum/Posteingang:				Datum/Signum: ---
UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 480

--- Nichtzutreffendes streichen
--- Über den Vertikaler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
--- Reihenfolge eintragen

Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

BStU
000389

HV A, Abt. XI/9

Berlin, 13. Okt. 1989
1902-scho

Information
zur politischen Situation im Zentralinstitut für Molekular-
biologie der AdW der DDR

Die politische Situation im Institut spiegelt die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR in wesentlichen Punkten wider.

Viele Mitarbeiter des Instituts (praktisch alle) artikulieren, zumindest in persönlichen Gesprächen, ihre Unzufriedenheit mit der Situation in der DDR und ihr Unverständnis hinsichtlich der Haltung der Partei- und Staatsführung zu den aktuellen Problemen, deren Ignorierung unser Land in eine sich immer mehr zuspitzende Krise führt.

Die beiden der Information beigelegten Anlagen repräsentieren Auffassungen, über die im Institut ein breiter Konsens besteht. Eine besondere Situation besteht im Institut im Zusammenhang mit der Tatsache, daß Initiatoren ([REDACTED]) und Sympathisanten (z.B. BGL-Vors.) des "Neuen Forums" zu den Mitarbeitern gehören. Der Einfluß dieser Personen erstreckt sich auf einen Teil der Kollegen im unmittelbaren Tätigkeitsfeld. Darüber hinaus wird (zweifellos auch im Ergebnis seiner Popularisierung in westlichen Medien) [REDACTED], der im Zuge einer anstehenden Umstrukturierung zur Berufung als Abteilungsleiter vorgesehen ist, immer mehr zu einer "prominenten" Erscheinung. Aus Gesprächen und aus meiner Ansicht geht hervor, daß sich die Parteileitung des Instituts dem [REDACTED] gegenüber reserviert verhält bzw. Kontakten ausweicht.

Am 17. 10. 89 plant die FDJ eine GO-Versammlung, auf der der [REDACTED] über seinen Standpunkt zu unseren Problemen und über seine Konzepte sprechen soll.

Die Parteiorganisation des Instituts wird m.E. nach, ihrer Verantwortung bei der Wahrnehmung der führenden Rolle nicht gerecht. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, sie liegen z.B. in der taktierenden, übervorsichtigen und zum Teil zurückweichenden Haltung "etablierter" Leitungsmitglieder begründet. Folgende Probleme würde ich voranstellen:

- Entscheidungsunfähigkeit der Institutsleitung in vielen fachlichen und/oder politisch relevanten Fragen (Fragen der Organisation, Entscheidungsbefugnis innerhalb der AdW - fehlende Konzeptionen zu internationalen Wissenschaftsbeziehungen - Kaderplanung/Reisekader);
- Unfähigkeit der Kreisleitung AdW, aufgeworfene Fragen für jeden MA befriedigend zu beantworten, geschweige denn angesprochene Probleme einer Lösung zuzuführen (bei ihrem letzten Auftreten im Institut (04.10.89) hinterließen sowohl der 1. Sekretär als auch besonders der 2. Sekretär der KL einen außerordentlich negativen, hilflosen und überforderten Eindruck).

Der Charakterisierung der gegenwärtigen Situation ist hinzuzufügen, daß die weitere Existenz der Ursachen für diese Situation auf Dauer unabsehbare Folgen zeitigen könnte (Abwanderung der Wissenschaftler in die Industrie - Ausreiseanträge usw.).

Anlagen

gez. IM

- Willenserklärung der Gewerkschaftsorganisation ZI für Molekularbiologie
- Diskussionspapier der Parteigruppe

Information
zu Stimmungen und Meinungen aus dem Bereich GHG WtB Berlin

Unter den Werktätigen dieses Betriebes finden z. Zt. häufig Diskussionen statt.

Da sie unmittelbar mit der Versorgungslage der Bevölkerung der Hauptstadt und dem Bild, das in unseren Medien dazu entworfen wird, konfrontiert sind, geht es vor allem um diese Problematik.

Im Betrieb treten eine Reihe Schwierigkeiten auf, die Pläne zur Versorgung der Bevölkerung zu garantieren. Das liegt zum einen an der Nichteinhaltung von Lieferverträgen aus unterschiedlichen Gründen, gegen die sich der Betrieb nicht effektiv wehren kann.

Zum anderen an mangelnder Organisation und einem bereits eingetretenen Verschleiß von Grundmitteln, für die seit Jahren kein Ersatz geliefert wird.

Eine durchgehende Organisation und Kontrolle der Tätigkeit des Betriebes wird erschwert, weil Improvisationen und Feuerwehrmaßnahmen an der Tagesordnung sind und eine planmäßige Tätigkeit kaum möglich machen.

Die geringen Verdienstmöglichkeiten in diesem Handelsbetrieb bewirken, daß ein Mangel an qualifiziertem und verantwortungsbewußtem Personal besteht.

Immer wieder werden dunkle Geschäfte abgewickelt, die wegen der komplizierten Situation des Betriebes kaum aufzudecken sind.

Es erweist sich als unmöglich, eine genaue Kontrolle über die vorhandenen Lagerbestände zu organisieren. Gründliche Bestandsaufnahmen sind wegen der Arbeitskräftesituation und aus Gründen des hohen Umschlagtempos nur selten möglich.

Die von den verantwortlichen Stellen eingereichten Vorschläge zu baulichen Veränderungen oder zur Beschaffung neuer Transportmaschinen und anderer Technik sollen seit Jahren ohne Begründung von übergeordneten Institutionen abgelehnt worden sein. Deshalb habe man sich an die Zustände gewöhnt und unternehme inzwischen solche Vorstöße nicht mehr.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der DDR in den vergangenen Wochen fand eine Sensibilisierung aller Beschäftigten statt. Vor allem die vorhandenen Mißstände werden betrachtet.

Tatsächlich vorgenommene Veränderungen waren offenbar nicht substantiell und zählen derzeit im Bewußtsein vieler Beschäftigten nicht.

Von fast allen Leitungskadern wird die Verantwortung für die Verhältnisse nicht übernommen, die sich im jeweiligen Verantwortungsbereich herausgebildet haben. Die Schuld wird im allgemeinen den übergeordneten Leitungen und der SED zugeschoben.

Bestärkt werden solche Auffassungen durch die bisher von vielen Beschäftigten vertretene Meinung, daß unsere Führungsorgane kein adäquates Bild von unserer Gesellschaft haben und daran möglicherweise nicht interessiert seien. Das wird vor allem aus unserer Medienpolitik geschlußfolgert. Bisher haben es die SED-Mitglieder und andere politisch bewußte Arbeitskräfte verstanden, die Situation unter Kontrolle zu halten. Die Situation der Parteiorganisation im Betrieb wird aber in letzter Zeit komplizierter. Vor allem dadurch, daß ca. 10 % der Mitglieder in den Parteigesprächen erklärt haben, aus der SED austreten zu wollen.

Im allgemeinen wurden diese Erklärungen ohne Diskussion in den Parteiorganisationen auch von den Parteileitungen realisiert.

Bei den nicht in der SED organisierten Beschäftigten entsteht der Eindruck, daß die SED für Neuerungen und unkonventionelle Ideen keinen Platz habe und selbst Genossen, die nicht ins Konzept passen, einfach fallen läßt. Unter den aus der Partei ausgetretenen Personen befinden sich vor allem solche ehemaligen Genossen, die bisher bei den anderen Werktätigen den Eindruck erweckten, sie würden sich für deren Belange und effektive Veränderungen einsetzen. Das Verhalten der Parteileitungen stößt auf Unverständnis.

Materialien des "Neuen Forums" aber auch anderer Gruppen zirkulieren offenbar unter den Beschäftigten und finden im allgemeinen Zustimmung.

Politisch bewußte und aktive Genossen werden nicht als kompetente Gesprächspartner über die in diesen Materialien dargelegten Problemkreise akzeptiert.

Die Parteiorganisationen und andere gesellschaftliche Organisationen sind nicht allein in der Lage, wirksam gegen diese Entwicklungen vorzugehen.

Die Erklärung des Politbüros hat es ermöglicht, sich wenigstens an bestimmte offizielle Standpunkte zu halten. Sie erzeugt aber auch eine Erwartungshaltung nach sichtbaren Veränderungen im gesellschaftlichen Leben in der nächsten Zeit.

Von einem Teil der Beschäftigten, die sich besonders kritisch zu unserer Partei- und Staatsführung verhalten, werden die Inhalte der Erklärung und die Form als Beschwichtigungsver-such abgetan. Damit sollte nur Zeit gewonnen werden. Substantielle Veränderungen seien auf diese Weise nicht zu erwarten.

Worin diese Veränderungen konkret bestehen sollten, ist den meisten nicht klar.

Viele wären auch nicht bereit, echte Veränderungen mit zu tragen. Durchsetzen müßten sie schon andere. Bisher ist es oppositionellen Gruppen auch nicht gelungen, spürbare Wirkungen zu erzeugen.

Von einigen Genossen wird jedoch befürchtet, daß es zu gefährlichen Situationen in diesem sensiblen Bereich kommen kann, wenn nicht in der politischen Situation in der DDR und im Betrieb selbst durch die SED deutlich gemacht wird, daß sie tatsächlich den Willen hat, die bestehenden Probleme zu lösen und die aufgebauchten und ausgedachten Probleme zu bekämpfen.

gez. IM

MIS	E1212077000403
393	
16 JUL 1989	
Tgh. Nr. 2947189	0
Walter on: <i>Walter J. King</i>	

BSIU

Kopie ZAHG, HA XX

ere,
Mo
G.

HV A, Abt. XI/9

Berlin, 16. Okt. 1989
1902-scho

Information

über die Diskussionsschwerpunkte bei der Anleitung der
Agitatoren des Bereiches Pädagogik der HUB

Die Agitatoren-Anleitung fand am 10.10.89 statt.

In einer sehr offenen, kritischen, aber konstruktiven Art und Weise wurden die Schwerpunkte diskutiert. Im Mittelpunkt stand natürlich die gegenwärtige innenpolitische Entwicklung in der DDR.

Es wurde die Frage diskutiert, ob die bisherige Form des Parteilehrjahres den neuen Anforderungen gerecht wird. Die Genossen, aber auch in erster Linie die Studenten, warten auf Antworten auf die gestellten Fragen zur gegenwärtigen Politik der SED.

Es drückt sich eine zunehmende Unzufriedenheit bezüglich der Informationspolitik in allen Beiträgen aus. Viele Genossen am Bereich sind der Auffassung, daß wir dem Gegner das agitatorische Feld überlassen haben. Es reicht nicht aus, die oppositionellen Gruppen in der DDR zu markieren, man muß sich in der Öffentlichkeit mit ihren Programmen auseinandersetzen und Schlußfolgerungen ziehen.

Mehrfach wurde angedeutet, daß zwischen Parteiführung und Basis in den letzten Jahren eine Kluft entstanden sei, die es zu beseitigen gilt. Es darf keine Schönfärberei mehr zugelassen werden, der demokratische Zentralismus muß aufleben. Die Artikel von Höpke und Kant wurden aufmerksam gelesen und werden als kritische, problemorientierte Beiträge gewertet. Sofort tritt aber die Frage auf, wie schlagen sich die Hinweise in konkrete Parteipolitik um.

Es wird von den Genossen ein Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften in Vorbereitung des XII. Parteitages gefordert. Es muß analysiert werden, wieweit sich die Jugend der DDR mit dem Staat identifiziert. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob ein Vertrauensvorschuß gegenüber der Jugend stets gerechtfertigt ist. Dies mit dem Hinweis auf die große Anzahl von jungen Leuten, die die DDR verlassen haben bzw. die sich zu Provokationen hinreißen lassen.

Es wurde mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß unsere Massenmedien den gegenwärtigen Auseinandersetzungen nicht gewachsen sind. Das BRD-Fernsehen und der Rundfunk sind die vorrangigen Informationsquellen unserer DDR-Bürger. Unsere Abwartehaltung ist falsch gegenüber der Propaganda des Klassengegners. Warum setzen wir uns nicht spontan mit den erpresserischen Äußerungen von Kanzler Kohl auseinander. Es wurde die Frage aufgeworfen, ist es taktisch klug, Standpunkte unserer Regierung von ADN wiedergeben zu lassen. Von den Genossen des Bereiches werden die Informationen über die mysteriöse Verschleppung des Mitropa-Kellners und über die Wohnungsvergabe der jetzt ungenutzten Wohnungen der republikflüchtigen Bürger als politisch unverantwortlich eingeschätzt. Diese Informationen haben mehr Schaden angerichtet.

Es muß sich auch die Frage gestellt werden, war es klug, zum gegenwärtigen Zeitpunkt republikweit Volksfeste zu organisieren, die ja letztendlich Ausgangspunkt für die Ausschreitungen waren.

Die Kreisleitung der HUB verbreitete die Losung, zuerst feiern wir in Ruhe den 40. Jahrestag der DDR, dann gehen wir in die Offensive. Diese Strategie ist wohl total falsch am Platz gewesen.

gez. IM

BStU
000407

MIS E12/1209618
— 393 —
16. Okt. 1985
Fpb. Nr. 2948/89
Walter von: W.H. J. Mf.

Kopie ZHIG etc.

Staatssicherheit
 Abt./BV Hauptverwaltung A
 Abt./OD Abteilung XVII

Stab E 4905/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN: 1
 Originale an DE zurück: ja/nein
 Kopien insgesamt: **BSU**

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Erklärung ~~zur~~ zur aktuellen Situation im DDR-Fernsehen / Sendezentrum
 Zeitraum Nationalfeiertag

Tgb.-Nr./Datum: 14.10.89

bestätigt:

000403

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA		HMK
ZPDB-Zugriffsbefugnis	ja/nein *	ja/nein *	IK
ZPDB-Zugriff	frei		

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie) / SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
1.	Ref. 1				
	102				
	A/B/E *	ja/nein *			
2.					
	A/B/E *	ja/nein *			
3.					
	A/B/E *	ja/nein *			

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erlassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **QUELLENSCHUTZ**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV:

ZPDB-Zugriffsbefugnis	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *
ZPDB-Zugriff	frei		

QUELLEN:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Posteingangs-Nr.:				
Datum/Posteingang:			Datum/Sigraum: ***	
UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsleiter				
Offizier für PI				

Form 460
 - Nichtzutreffendes strichen
 - Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
 - Reihenfolge eintragen
 Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

BSU
000409

Hauptverwaltung A
Abteilung XVII

Berlin, 14. 10. 1989

I n f o r m a t i o n
zur aktuellen Situation im DDR-Fernsehen / Sendezentrum

Zeitraum Nationalfeiertag

Die Gesamtsituation kann gegenwärtig trotz der allgemeinen Anspannung als ruhig eingeschätzt werden. Der Sendeauftrag für den 6. bis 8.10.1989 wurde in beiden Programmen im vollen Umfang erfüllt. Es konnte eine politisch sichere aber auch flexible und zuschauerfreundliche Programmführung gewährleistet werden. Minimale Fehler traten in Nebenachsen auf. Die Vorbereitung auf den Nationalfeiertag wurde seitens der Sendeleitung diesmal eher nervös und hektisch angegangen. Es kam zu Terminverletzungen, die ebenso Unruhe brachten, wie die Information, daß das Parteileitungsmitglied [REDACTED], ein auch im Sendezentrum geschätzter Kollege aus der Programmplanung mit Frau in den "Westen" geflüchtet" ist. Am Morgen des 6.10.1989 stellte sich heraus, daß die für diesen besonderen Programmauftakt vorgesehenen Rosen aus dem CVD-Zimmer entwendet waren. Weitere Aufregung gab es um ein Flugblatt des "Neuen Forum", das der Kamera-Frau [REDACTED] auf dem Weg zur Arbeit im Bereich Schönhauser/Gethsemane-Kirche in die Hand gedrückt wurde. [REDACTED] hatte dieses Flugblatt ihren Kollegen gezeigt und sich erschrocken über das offene Auftreten der Forum-Leute geäußert. Ebenso erschrocken reagierte sie, als das Blatt vom Chefregisseur [REDACTED] eingezogen und an die Leitung weitergegeben wurde. Aus Gesprächen wurde sichtbar, daß der eher apolitisch eingestellte Kreis der Mitarbeiter (innen) jetzt bewußt auf Ruhe orientiert. Dazu gehören die Kolleginnen [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED]. Sie bekunden ihre Angst vor Straßenkrawallen und Furcht vor politischen Erschütterungen.

Mehr oder weniger Sympathien für das "Neue Forum" äußerten [REDACTED] und [REDACTED] Arbeitsgruppe Programmwerbung.

[REDACTED] hatte am 6.10.89 einen Fehler in der Abendwerbung zu verantworten.

Trotz mehrerer Hinweise setzte er sich darüber hinweg und begab sich vor Beendigung der festgelegten Arbeitszeit aus dem Betrieb.

Die Berichtigung der falschen Sendeangaben auf vorproduzierten MAZ-Beiträgen nahm zusätzliche Kräfte und Mittel in Anspruch. Als kriminell wurde von Redakteuren, CVD's und Sendeleitung die Situation im Grafik-Trick-Zentrum (GTZ) eingeschätzt. Dort haben sich im Verlauf der vergangenen Wochen mehrere junge Mitarbeiter in den Westen abgesetzt.

Andere, fähige Grafiker und Elektronik-Operateure wurden umgesetzt.

Vom 6. bis 8.10.1989 arbeiteten im GTZ Mitarbeiter an den Schrift-Computern, die weder Technologien, ihr Handwerk und die deutsche Sprache beherrschten.

Sie waren ihren Kollegen vom Sendezentrum nicht einmal vom Sehen bekannt.

Die wenigen verbliebenen Profis kamen nicht zum Einsatz - eine Praxis, die von dem zuständigen Leiter [REDACTED] wiederholt so gehandhabt wurde.

Durch die Unsicherheiten im GTZ wurde der Sendebetrieb an heißen Eckpunkten mehrfach ernsthaft gefährdet. Wiederholt wurden von ungenügend ausgebildeten Operateuren bereits vom CVD bzw. vom Programmredakteur des 2. abgenommene Schrifttafeln versehentlich gelöscht und dann stillschweigend und fehlerhaft neuproduziert. In diesen Fällen zeigte Senderegisseur [REDACTED] besondere Wachsamkeit.

Das Grow der Redakteure, Kameraleute und Regisseure gab sich gegenüber dem Inhalt der Festveranstaltungen sehr zurückhaltend. Besonders wurde der Fackelzug der FDJ kritisiert.

In diesem Zusammenhang tauchte die Frage nach dem Sinn auf, eine so kostspielige Veranstaltung in diesem Jahr zweimal durchzuführen.

Die Mehrheit der Kollegen äußerte sich in diesem Zusammenhang kritisch über die überalterte Parteiführung, die den 40. Jahrestag nach überholter Manier begangen hätte, ohne auf die aktuellen Widersprüche der gegenwärtigen Etappe zu reagieren.

Diese Widersprüche und die neuen Fragen zur Informationspolitik spielten auch in den Parteigesprächen eine Rolle.

Hier zeigten sich erstmals in offener Form die wachsenden politischen Probleme bei Antje Garden, die sich zwar voll zur DDR bekannt, andererseits aber auch mit solchen Organisationen wie Greenpeace sympathisiert.

Bei der Auswertung der Information ist der besondere Quellenschutz zu beachten.

BSU
000411

MIS EV 21204518
— 373 —
16. Okt. 1985
Fcb. Nr. 2749/89
Wetter am: *Abt. 2* *Mr.*

Kopie Z. H. I. G. ev. U.

Staatssicherheit
 Abt./BV Hauptverwaltung A
 Ref./KD/OD Abteilung XVII

Stab E 4906/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN: 1
 Originale an DE zurück: ja/nein
 Kopien insgesamt: 1

Erfassende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Bekanntmachung zur aktuell-politischen Lageeinschätzung im Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst

Tgb.-Nr./Datum: 14.10.89

bestätigt:

000412

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN

ZPDB-Zugriffsbefugnis	SVA	HMK
ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	IK

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL

	DE SLK-Nr.	AKG SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.	ZMA-Nr.	Dok.-Nr.
1.	Ref. 1 102		
	A/B/E * ja/nein *		
2.			
	A/B/E * ja/nein *		
3.			
	A/B/E * ja/nein *		

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS

	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)			
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registrierungsnummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: QUELLENSCHUTZ HVA VL, POS, HA XT
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV:

ZPDB-Zugriffsbefugnis

ZPDB-Zugriff frei	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *
-------------------	-----------	-----------	-----------

QUELLEN:

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				
UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11/79				
Planungsleiter				
Offizier für PI				

Form 460
 - Nichtzutreffendes streichen
 - Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
 - Reihenfolge eintragen
 Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Hauptverwaltung A
Abteilung XVII

Berlin, 14. 10. 1989

I n f o r m a t i o n

zur aktuell-politischen Lageeinschätzung im Allgemeinen
Deutschen Nachrichtendienst

Es ist schwierig, im Moment Stimmungen aufzuzeigen, da die Situation beinahe täglich wechselt. Die Parteigruppe 2 der Chefredaktion Information hat sich in der vergangenen Woche öfters getroffen, um sich zu verständigen. Durch die letzte Politbüroerklärung haben sich die Gemüter etwas beruhigt, obwohl auch daran folgendes kritisiert wird:

- keine Selbstkritik
- der Dialog steht in keinem Verhältnis zur Auseinandersetzung mit dem Feind
- es steht viel zwischen den Zeilen.

Noch immer, so wird festgestellt, liegt keine Konzeption für die Entwicklung in der nächsten Zeit vor. Die Genossen und Kollegen haben noch in dieser Woche mit der Einberufung eines ZK-Plenums gerechnet und sind der Meinung, daß man nicht noch bis Anfang Dezember warten kann.

Die Diskussion der letzten Tage war durch folgende Meinungen geprägt:

- Hätte man immer auf das Wort der einfachen Genossen gehört, wäre eine solche Situation wie die gegenwärtige nicht entstanden.

- Viele Sachen, die jetzt öffentlich angesprochen werden, sind schon vor Jahren bekannt gewesen und in die regelmäßig verfaßten Stimmungs- und Meinungsberichte aufgenommen worden.
- Von den einzelnen Genossen verlangt man, daß sie "Flagge zeigen" sollen - doch die Parteiführung schweigt.
- Im ADN distanciert man sich zunehmend von den mit - ADN - unterschriebenen Kommentaren zu bestimmten Themen, da sie nicht im Hause entstanden und auch an den Mitarbeitern vorbeigehen.
- Die Genossen des ADN möchten nicht für eine verfehlte Informationspolitik verantwortlich gemacht werden und wollen verhindern, daß der ADN ins Hauptschußfeld gerät, wie sich das z. Z. andeutet.
Trotzdem lassen sie sich nicht durch die Hetze in den Westmedien irretieren.
"Entgegen Springers "Bild-Zeitung" gibt es im ADN keine Streikaufrufe!"
- Im Großraum Wort des ADN sind an die FDJ-Wandzeitung kommentarlos Auszüge aus dem Statut der SED geheftet worden, die die Fragen Kritik und Selbstkritik und das Wort des einzelnen Genossen betreffen.
- Die Glasnost-Tendenzen in unseren Medien der letzten Tage (vor allem "Junge Welt" und in Ansätzen auch AK-Kapmfgruppenkommentar, innerstädtische Bebauung, geklauter Zement usw) sind wohlwollend und erleichtert aufgenommen worden.

BSIU
000415

MFS E1204/89
- 393 -
16. JUL. 1989
Tch. No. 2950189
W. L. M.

Kopie BV Blm, HA X, ZAIG
el. be. W.

Resolution der Schüler der BBS "simon bolivar"

1. Wir verurteilen grundsätzlich jede Form von Gewalt. Das schließt die Gewalt durch Randalierer und Provokateure ebenso ein wie eine unangemessene Gewaltanwendung von Seiten der Schutz- und Sicherheitsorgane. Gewalt darf nicht zum Mittel öffentlicher Auseinandersetzung werden. Steine und Rumschilder können den Dialog nicht ersetzen, sie erschweren und gefährden ihn.
2. Wir wissen, daß die Übergroße Mehrheit der Jugendlichen, die mit den verschiedensten Mitteln für Veränderungen in unserem Land eintreten, nicht staatsfeindlich gesinnt ist.
3. Wir halten die Straße nicht für den einzigsten Ort gesellschaftlichen Dialogs. Wir sehen die Gefahr der Vereinnahmung und neuer, bewußt provoziertes Gewalt. Stummer Protest allein bringt uns nicht weiter.
4. Wir fordern den friedlichen, öffentlichen und konstruktiven Dialog aller an der sozialistischen Entwicklung der DDR interessierten Bürger. Dabei dürfen alternative Sozialismuskonzeptionen nicht ausgegrenzt werden, und Gruppen die diese vertreten nicht verboten werden.
5. Dieser Dialog muß seinen Platz in allen Medien unseres Landes finden. Ausnahmen genügen uns nicht. Das gegenwärtige Informationsmonopol westlicher Medien lähmt uns. Das Schwoigen unserer Regierung macht uns betroffen und ratlos.
6. Wir erwarten eine zeitgemäße Antwort auf uns bewegende Fragen und Probleme, wir sehen auf vielen Gebieten akuten Handlungsbedarf.
7. Nutzen wir die Aufbruchstimmung in unserem Land für unsere eigenen Interessen. Das heißt auch, eigene Defizite aufzuarbeiten:
 - Die FDJ muß wirklicher Interessenvertreter der gesamten Jugend werden
 - Wir müssen Formalismen ~~KANNEN~~ überwinden, um zu einem neuen Selbstverständnis zu kommen. Das schließt eine offen Diskussion des Statutes ein.
 - Wir sind gefordert, kritikwürdige Zustände offenzulegen und für ihre Überwindung zu kämpfen. Das bedarf einer neuen Kultur des Meinungsstreites.

Deshalb fordern wir Euch alle auf, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, und eure Interessen in der FDJ zu verwirklichen. Wer, wenn nicht wir soll unsere Probleme lösen,

Berlin den 12. 10. 89

Diese Resolution wurde übernommen von den Studenten der Medizin in der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie soll Grundlage für einen breiten Dialog unserer 60 untereinander und zu Vertretern anderer Gruppen und Parteien sein.

SSicherheit: HVA
 XKD/OD XIII

Stab E/4913/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:
 Originale an DE zurück: ja/nein *
 Kopien insgesamt:

zende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

Information/Ergänzung: Zur Person [REDACTED] HUB/Student/Sektion Biologie [REDACTED]

Tgb.-Nr./Datum: 14.10.89 000427

bestätigt:

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *	IK
ZPDB-Zugriff	frei			

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
	Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79				
1. [REDACTED] HUB/Student Sektion Biologie	A	I	B	2	187
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
2.					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				
3.					
	A/B/C/D/E * ja/nein *				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abl. XII überprüft (Datum)	nicht überpr.		
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII (bereits erfolgt)**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS, BV Berlin**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **	ja/nein *	ja/nein *	ja/nein *
ZPDB-Zugriff	frei		

QUELLEN: **inoffiziell**

Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:				Datum/Signum: ---
UMLAUFFESTLEGUNGEN				
Leiter AKG				
Stellvertreter A				
Stellvertreter K				
Bereich A 1				
Bereich A 2				
Bereich EDV				
Beauftragter 11.79				
Planungsoffizier				
Offizier für PI				

Form 460
 - Nichtzutreffendes streichen
 - Über den Verteiler hinaus für andere HA, selbst Abt. BV
 - Reihenfolge eintragen
 Stark umrandete Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Information

zur Person [REDACTED]

Student, 3. Studienjahr, Biophysik
HUB, Sektion Biologie

Inoffiziell wurde bekannt, daß der [REDACTED] enge Verbindungen zu oppositionellen Gruppierungen in der DDR hat, besonders zum "Neuen Forum" und am 9. 10. 89 an der Massendemonstration in Leipzig teilnahm.

Der [REDACTED] ist als leistungsstarker Student einzuschätzen, der bisher alle mit dem Studium verbundenen Pflichten erfüllte. In politischen Konfliktsituationen fiel der [REDACTED] in letzte Zeit mehrfach negativ an.

So zeigt er u. a. großes Interesse an Umweltschutz, ist aber nicht bereit, sich an von der Sektion organisierten Veranstaltungen (z. B. Magnushaus) zu beteiligen. Statt dessen versuchte er mehrfach, spektakuläre Veranstaltungen mit oppositioneller Richtung zu organisieren.

Der [REDACTED] akzeptiert in der Regel die durch die FDJ-Leitung der Sektion getroffenen Entscheidungen nicht.

In Diskussionen versucht er, öffentlichkeitswirksam oppositionelle Anschauungen zu vertreten.

Er hat Verbindung zu oppositionellen Gruppierungen und zur sogenannten "Szene", besonders zum "Neuen Forum" und zur "Umweltbibliothek" und ist dadurch in der Lage, deren Informationsmaterialien unter den Studenten kursieren zu lassen.

In der Sektion Biologie forderte [REDACTED] mehrfach das Anbringen von nicht durch die FDJ erarbeiteten (oppositionellen) Aufrufen und Losungen.

Er lehnt die in der DDR vorhandene Trennung von Kirche und Staat ab.

Es gibt mehrere Hinweise, daß sich der [REDACTED] an Aktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in der VR China beteiligt hat. Konkrete Informationen dazu liegen nicht vor.

An der seit kurzem existierenden FDJ-Diskussionswandzeitung der Sektion Biologie beteiligt sich der [REDACTED] mit sehr einseitigen Darstellungen zu Fragen der stattgefundenen Demonstrationen sowie zum "Neuen Forum".

[REDACTED] hat im Rahmen der Durchführung von Lehrveranstaltungen engen Kontakt zu Wissenschaftlern des AdW-Zentralinstituts Molekularbiologie Berlin-Buch, u. a. auch zjm Gründungsmitglied des "Neuen Forums", Prof. Jens Reich.

Charakterlich ist [REDACTED] als sehr geltungsbedürftig einzuschätzen. Er ist bestrebt, stets im Mittelpunkt zu stehen.

In Diskussionen ist er sehr einseitig orientiert und kaum bereit, andere Auffassungen zu akzeptieren.
An der Sektion hat [REDACTED] enge Verbindungen zu den Studentinnen

[REDACTED] (B III 2 - 3) und
[REDACTED] (B IV 2 - 3).

Anlage

Artikel des [REDACTED] den er an der FDJ-Diskussionswandzeitung der Sektion Biologie veröffentlicht hat. (11./12. 10. 89)

Anlage

Die Freude der beiden Forschungsstudenten (Wandzeitung vom 10. 10.) über die auführliche Berichterstattung in den Zeitungen des 10. 10. gelingt es mir leider nicht zu teilen.

Meine Reaktion auf die betreffenden 2 Seiten ND waren vielmehr: Ohnmacht und Wut.

Allen mir zugänglichen Berichten zufolge waren die Demonstrationen seitens der Demonstranten zum großen Teil gewaltfrei.

Augenzeugenberichte von Freunden, denen ich vertraue, sagen vielmehr, daß die Gewalt in Berlin am 7. und 8. 10. ausschließlich und in verhältnismäßiger Stärke von (größtenteils zivilen) Sicherheitskräften ausging. Ich selbst war Zeuge des Zuges von ca.

70.000 Bürgern durch die Leipziger Innenstadt am Abend des 9. 10. Ich sah keine Gewalt und keine Kameras des Westfernsehens.

Zu eindeutige Kriminalisierung der Demonstrationen in unseren Medien halte ich für sehr schlimm, dies stellt meiner Meinung nach eindeutig eine Eskalation des Konfliktes dar.

Vorurteile gegen sich an solchen Demonstrationen beteiligte Bürger werden damit aufgebaut, wofür soll hiermit der Nährboden bereitet werden? Vor dem Weiterdenken habe ich Angst.

Es bleiben die Ohnmacht und die Wut angesichts der verantwortungslosen Berichterstattung, Kriminalisierung v erhindert jedweden Dialog. Können wir uns das leisten? Ich meine, auf keinen Fall.

MIS	Elm/2005/BBU
— 393 —	
16 OKT. 1989	000481
Tgh. No. 2959189	P
Water ca: <i>Wid. J.</i>	<i>Mrs.</i>

Kupic BV Bln. ecc.

Hauptverwaltung A
Abteilung VI/B/2

Stab E 4915/89 12
Berlin, den 14.10.89
22 350

BSU
000432

Information
zur "Aktion Jubiläum 40"- Differenzierungen kirchl. Gruppen

Am gestrigen Abend, 13.10.89 wurden nachfolgende Gesprächsinhalte und Informationen erarbeitet, die sich auf einen Aufenthalt in der Bekenntniskirche, Treptow, Plessenerstr. beziehen.

Gegen 21.30. Uhr hielten sich in der genannten Kirche lediglich drei Personen auf, die sich als Mahnwache verstanden wissen wollten.

Außerlichkeiten wie Kleidung und Frisur wiesen sie eindeutig als Punks aus. In einem nachfolgend geführten Gespräch stellte sich heraus, daß sie bereits seit 2 Tagen ununterbrochen in der Kirche sind.

Ihre im Gespräch dargestellten Aussagen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- DDR-Bürger müssen in der DDR bleiben, so "flüchten" sie nur vor ihren eigenen Schwächen in die BRD
- Volle Unterstützung des begonnenen Dialogs zwischen Partei und Opposition unter der Voraussetzung der freien Meinungsäußerung
- Ablehnung von Umsturzversuchen und Gewalt als Mittel des Protests, dahingehend auch Unterstützung für Polizei
- Distanzierung von spektakulären und stimmungsanheizenden Aktionen der Gethsemanenkirche
- Enttäuschung darüber, daß ihre Kirche kaum von Leuten aufgesucht wird, selbst Mitglieder der Jungen Gemeinde oder anderer Arbeitskreise kommen nicht in die eigene Kirche, die militanten Kreise gehen in die Gethsemane und viele andere sind mit sich selbst beschäftigt.
- Forderung demokratischer Reformen bei Beibehaltung des sozial. Staates und seiner Erungenschaften.

In ihren Aussagen wurde deutlich, daß die Staatsführung unverzüglich aktiv werden muß, da sich andere Kräfte gegenwärtig konsultieren, koordinieren und vereinheitlichen. Dagegen seien sie nicht prinzipiell, aber die Vorzeichen wären auf Gewalt gestellt.

gez. IM

MIS 21/11/1989	
— 370 —	
16 OKT. 1989	
Tgl. No. 2962/89	D
Waktu: Del. J.	Mr.

BSIU

Kepic HA \bar{xy} , ZHIG. cre.

Stab E/4916189

HVA/III/B/3/804

Berlin, 14. Oktober 1989
kr.

BStU

000434

Stimmungsbericht

1. Die Dokumentation (Wandzeitung und Bildtafel) der Sektion Theologie der HUB über die "zu Unrecht Inhaftierten in der DDR" (siehe Stimmungsbericht vom 12.10.), die im Sektionsgebäude Raum 2.1. stationiert war, wurde am 12.10. vormittags auf Weisung des MHF beseitigt, es erfolgte allerdings offensichtlich keine Rechenschaftsziehung durch das MHF bzw. andere Institutionen, da die Dokumentation lediglich aus dem Raum entfernt und dafür eine Etage höher wiederum aufgestellt wurde. Sie ist nach wie vor für jeden zugänglich, wird aber offensichtlich nicht breit propagiert, da eine Studentin, offensichtlich Theologie, die Quelle, die sich nach dem neuen Standort der Dokumentation erkundigte, mehrfach befragte, woher sie davon wußte.

2. Am 12.10., 17.00 Uhr, fand im Lehrgebäude der HUB in der Clara-Zetkin-Str. die von der Sektion Kunstwissenschaften als FDJ-Veranstaltung deklarierte Versammlung statt, auf der eine neue Studentenorg. gegründet werden sollte (siehe Stimmungsbericht vom 12.10.). Der vorgesehene Raum füllte sich jedoch in kürzester Zeit so stark, daß er baupolizeilich geräumt werden mußte. Daraufhin zogen die Versammelten (mehrere Hundert) zum Marx-Engels-Auditorium, das besetzt war, so daß sich alle auf dem Innenhof der HUB versammelten. Unter diesen Umständen kam es nicht zur beabsichtigten Gründung der Organisation, aber Vertreter der Sektion Rechtswissenschaften und Kulturwissenschaften verlasen Resolutionen (Inhalt wurde der Quelle nicht bekannt).

Anwesend war der 1. FDJ-Kreissekretär sowie offensichtlich von ihm mobilisierte FDJ-Sekretäre, u.a. die FDJ-Sekretärin der Sektion Asienwissenschaften, Heike Michel, die nach Absprache mit dem FDJ-KL-Sekretariat teilnahm und die erklärte, daß die FDJ diese Veranstaltung zunächst verhindern wollte.

BSU

000435

2

Es war deshalb für einige FDJ-Sekretäre unverständlich, warum sich in dieser Situation der 1. FDJ-Kreissekretär bei den Versammelten dafür entschuldigte, daß kein Saal vorhanden war. Er gab die Versicherung, daß am 16.10. (Montag) durch die FDJ bekanntgegeben wird, wo diese Veranstaltung wann durchgeführt werden kann. Er entschuldigte sich ebenfalls für die Artikel in der "Jungen Welt" vom 12.10. über die Massenaktion vor der Mensa Nord am 11. 10. , weil der angeblich sehr "abwertend" gehalten gewesen war.

Die Veranstaltung dauerte ca. 2 Stunden.

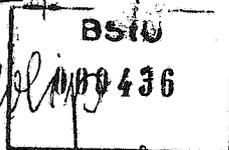
Verteiler:

1. Ex. HVA/VII
2. Ex. HVA/III / Gen. Oberst Zörner
3. Ex. HVA/III/B/3

✓ - Original GO - Mi_{2d.}

- Kopie HA XX ZAHG

- Sen. DSh Berlin
hat Angelegenheit an i₁₀
2d.



2051 E 2920189 / 16.10.89
E1214057105

HVA/4

Rückmeldung zur Ergänzung/Koordinierungsmaßnahmen

000437

Inhaltliche Ergänzungen zur Originalinformation (beachte Informationsbedarf gem. 11/79)

Anlage: Sofortinformation zu geplanten Aktivitäten oppositioneller Kräfte mit kirchlichem Hintergrund

Gesamtbericht - Information über kirchliche Aktivitäten

SPUREN GESICHERT: (Zutreffende Person kenntlich machen)

	MfS	Mdl		MfS	Mdl		MfS	Mdl
Bißspur			Geruchskonserve			Schuhspur		
Blutspur			Handschuhspur			Schußspur		
Botanische Spur			Papillarleistenspur			Sekretspur		
Druckrille			Rauchspur			Substanzspur		
Fahrzeugspur			Rißspur			Stimmkonserve		
Farbspur			Schrift			Werkzeugspur		

HVA/XII/307

Berlin, 16. Oktober 1989

Sofortinformation

zu geplanten Aktivitäten oppositioneller Kräfte mit kirchlichem Hintergrund

1. Aus Gesprächen mit oppositionellen Kräften in Magdeburg war zu entnehmen, daß am Montag, den 16. 10. 1989, in Magdeburg eine Demonstration durchgeführt werden soll. Diese Demonstration ist einzuordnen in die montäglichen Demonstrationen die von den Montagsgebeten in Leipzig ausgehen. Es erfolgt eine Abstimmung mit entsprechenden Demonstrationen in anderen Bezirken der DDR. Bisher war Magdeburg dafür nicht vorgesehen (für spezielle Montagsdemonstrationen).

2. Zur Gewährleistung einer Übersicht über Teilnehmerzahl und eventuell erfolgte Verhaftungen existieren in Magdeburg Deckadressen, bei denen sich oppositionelle Kräfte vor Beginn von Demonstrationen in Teilnehmerlisten eintragen und nach Beendigung der Demonstration sich dort wieder zurückmelden.

3. Es wurden folgende Anschriften von Personen bekannt, die zu oppositionellen Kirchenkreisen in Magdeburg zu rechnen sind:

a)

Magdeburg, [REDACTED]

(17. Jahre, 180 cm, schlank, mittelblondes halblanges Haar, arbeitet in einem Behindertenheim, macht intelligenten und reifen Eindruck, möchte in der DSG mitarbeiten, wohnt bei den Eltern, bei ihr zu Hause Treffen von Gleichgesinnten - wahrscheinlich nur bei Abwesenheit der Eltern

Mutter: Lehrerin für Geschichte, konfessionell nicht geb.

Vater : leitender Mitarbeiter im SKET, evangelisch

b) [REDACTED] ca. 20 Jahre

Magdeburg, [REDACTED]

alleinstehend, Beruf Krankenschwester, Hinterhofwohnung - sozialer Anstrich,
keine weiteren Aussagen zu ihr möglich.

IM der Dienst Einheit

Hauptverwaltung A
Abteilung II/8

Stag I E/49 50/89
Berlin, 16. 10. 1989
129-Js

BStU
000452

MfS E/21/207/89
- 393 -
16 OKT. 1989
Tgb. Nr. 29.39.89
Weiteren: *W. S. P.*

Kopie
HH XX
ere
Ho

S o f o r t i n f o r m a t i o n

Ordnung und Sicherheit im Objekt Fernsehfunk Adlerdhof

Bei Einsätzen im Zusammenhang mit der Objektsicherung zum 7. Oktober 1989 wurden aus der Sicht der im Objekt nachts Streife laufenden Mitarbeiter folgende Mängel deutlich:

- Die Waffenkammer der Kampfgruppen-Hundertschaft des Fernsehfunks liegt in einem Gebäude in der Nähe des unübersichtlichen Zaunes und Baumateriallagers, das sehr schlecht beleuchtet ist. Die Hauseingangstür ist ständig, auch nachts, offen. Die eigentliche Waffenkammer ist hinter einer normalen Tür mit Einbauzylinder. Bei gezielten Aktionen kann diese Eingangstür leicht geöffnet werden (Nachschlüssel, Generalschlüssel, Neues Schloß). Wird sie wieder geschlossen, könnte in Ruhe eine weitere Stahltür überwunden werden, ohne daß eine Nachtstreife (z.B. VP) das bemerken kann.
- Der Zaun in Richtung Bahngelände ist schlecht beleuchtet, z.T. völlig zugewachsen und durch Gerümpel verstellt sowie durch parkende Lkw und Hänger nicht einsehbar. Dadurch können Einzelkräfte oder feindliche Gruppen weder gesehen noch bekämpft werden.
- In der Nähe von Gerümpelcontainern befinden sich Farblager, Öllager u.ä., die sofort und schnell zu Brandstiftungen genutzt werden können.
- Studiogebäude sind von vorn durch Pförtner besetzt, von hinten durch offenstehende Türen, offene Fenster u.ä. auch nachts problemlos betretbar.
- Solche markanten Bereiche wie der zentrale Fundus sind nachts offen und für evt. Brandstiftungen problemlos betretbar.
- Zentrale technische Einrichtungen wie Trafo-Stationen, Kabelschächte u.a. scheinen nicht gesondert gesichert.
- Das Gelände wird nachts durch VP-Einzelstreife bzw. Doppelstreife gesichert. Hunde kommen offensichtlich nicht zum Einsatz.
- Die zusätzlichen Einsatzkräfte sahen sich überfordert, einen tatsächlichen Schutz des Objektes realisieren zu müssen. Die Anwesenheit von Schutzkräften reicht aber in komplizierten politischen Situationen kaum aus zu garantieren, daß unbefugter Zugriff zum Waffenlager der Kampfgruppe bzw. Brandanschläge u.ä. verhindert werden.

Verteiler:

ZOS
Stellv. Leiter der HV A *erled.*
Abt. VII *erled.*
Ablage *erled.*

gelesen: *Gallat*
Oberst

gez.: IM

Abt. VII für Staatssicherheit
 HA/abst. Abt./BV HVA
 A*/selbst. Ref./KO/OD XIII

Skat E 4913/89

GEWÜNSCHTE RÜCKLAUFKOPIEN:
Originale an DE zurück: ja/nein*
Kopien insgesamt:

Ergänzende Erfassungsangaben ZPDB/SLK/11/79

zur Information/Ergänzung: Besitz von Flugschriften		BStU
Tgb.-Nr./Datum:	16.10.89	000469
bestätigt:		

ANGABEN ZU SACHVERHALTEN	SVA			HMK
ZPDB-Zugriffsberechtigung **				IK
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein*	ja/nein*	ja/nein*

ANGABEN ZU PERSONEN (Name, Vorname, geb., Arbeitsst., Tätigkeit, Personenkategorie)/ SACHVERHALTEN OHNE PERSONENANFALL	DE	SLK-Nr.	AKG	SLK-Nr.	ZPDB
	ZMA-Nr.		ZMA-Nr.		Dok.-Nr.
	Ausgabeverfahren/ Abstimmung gem. 11/79				
1. whft: 1156 Berlin	A	I	B	2	1 1 4
	A/B/C/D/E* ja/nein*				
2.					
	A/B/C/D/E* ja/nein*				
3.					
	A/B/C/D/E* ja/nein*				

ANGABEN ZUM ERFASSUNGSVERHÄLTNIS	1. Person	2. Person	3. Person
Abt. XII überprüft (Datum)	nicht überpr.		
vorhandene Erfassungsart			
neue Erfassungsart			
Erfassungsdatum			
Registriernummer			
Archivnummer			
erfassende DE			

VERTEILER:
 innerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **Abt. VII und Abt. IX (bereits abgegeben)**
 außerhalb der eigenen HA/selbst. Abt./BV: **ZOS, BV Berlin**

weitere ZPDB-Zugriffsberechtigungen **			
ZPDB-Zugriff	frei	ja/nein*	ja/nein*

QUELLEN: op. MA			
Posteingangs-Nr.:	Ergänzung:	Ergänzung:	Ergänzung:
Datum/Posteingang:*			
UMLAUFFESTLEGUNGEN	***	***	*** Datum/Signum: ***
Leiter AKG			
Stellvertreter A			
Stellvertreter K			
Bereich A 1			
Bereich A 2			
Bereich EDV			
Beauftragter 11/79			
Planungsoffizier			
Offizier für PI			

Form 480
 - Nichtzutreffendes strichen
 - Über den Verteiler hinaus für andere HA/selbst. Abt./BV
 Reihenfolge eintragen
 * Stark unregelmäßige Felder sind durch die AKG auszufüllen!

Besitz von Flugschriften

BStU

000470

Von meiner Nachbarin [REDACTED]
1156 Berlin, [REDACTED]

erhielt ich folgende Information:

Am 14. 10. 1989 verursachte sie mit ihrem Trabant gegen 17.30 Uhr auf der Mühlenstraße in Pankow einen Auffahrunfall. Dabei wurde der Lada 2104 der Person [REDACTED] (1156 Berlin, [REDACTED]) nur unwesentlich beschädigt.

Nach längerem Zögern und der gegenseitigen Versicherung, daß man ohne Verkehrspolizei auskommt, wurde sie zum Austausch der Wohnanschriften für die Versicherung in den Lada gebeten.

Dabei fiel ihr auf dem Rücksitz ein Stapel (ca. 150 Stück) von Abzügen auf. Die Größe lag zwischen A4 und A5. In Erinnerung sind ihr die Worte **W e h r e t E u c h !** (ca. 5 cm hoch) und ein Hakenkreuzsymbol (schwarzer Kreis, Hakenkreuz weiß herausgearbeitet). (7 cm Durchmesser)

Bedingt durch die Verunsicherung durch den Unfall hat sie sich erst später die Frage gestellt, wofür oder wogegen dieses offensichtliche Flugblatt wohl sei. Als antifaschistischer Aufruf wäre das Hakenkreuz sicherlich durchgestrichen gewesen. An einen kleingedruckten, eventuell erläuternden Text konnte sie sich nicht erinnern.

Die Blätter lagen offen auf dem Rücksitz und die Beifahrerin (wahrscheinlich nicht die Ehefrau) hätte die Möglichkeit gehabt, diese in der Zwischenzeit wegzuräumen. Sie ist in dem kurzen Gespräch nicht auf diese Blätter eingegangen.

Weitere Informationen zur Person sind möglich, das Blatt würde sie nach Vorlage mit Sicherheit erkennen.

BSU

000492

Stimmungen und Meinungen zur aktuellen politischen Situation

An der Sektion Pharmazie der Universität Halle wird die Diskussion vom Inhalt des Briefes der Künstler der DDR geprägt. Durch die Mehrheit der Studenten wird der Brief begrüßt und unterstützt.

Das "Neue Forum" spielt eine untergeordnete Rolle, im wesentlichen deshalb, da dessen Dokumente nicht bekannt sind.

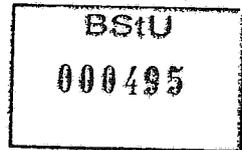
Die Erklärung des Politbüros wird inhaltlich begrüßt und als dringend erwartete Erklärung bezeichnet. Zugleich wird in diesem Zusammenhang jedoch davon gesprochen, daß dies letztlich nur wegen der Demonstrationen von über 70 000 Menschen in Leipzig geschehen sei.

Sowohl die Parteilosen als auch die SED-Mitglieder erwarten von der angekündigten ZK-Tagung deutliche Positionierungen und Festlegungen, die zur Lösung der entstandenen Probleme beitragen. Man erwartet personelle Veränderungen im Politbüro, da dort auch die Verantwortung für entstandene Probleme liegt. Die in der Erklärung genannten Schwerpunkte entsprechen den in den Diskussionen unter den Studenten immer wieder aufgeworfenen Fragen.

Man ist prinzipiell der Auffassung, daß die SED-Basis auch die Kraft zu echten Veränderungen besitzt. Der Vertrauensverlust der SED-Führung ist durch die Erklärung des Politbüros nicht beseitigt worden. Es wird die Glaubwürdigkeit einzelner Genossen angezweifelt (Heger, Mittag) und kritisiert, daß beispielsweise nicht der Genosse Honecker persönlich die Erklärung im Fernsehen verkündet hat.

HV A/XII

Berlin, den 16. 10. 1959
Ltg./11/Be.



Mitgliederwerbung "Neues Forum"

Durch einen zuverlässigen überprüften IM wurde bekannt, daß der [REDACTED] beim Hauptbahnhof Schwerin als Zugführer beschäftigt. [REDACTED] Arbeitskollegen anspricht, um sie zur Mitgliedschaft im "Neuen Forum" zu gewinnen. [REDACTED] wird als äußerst intelligent beurteilt, verliert jedoch durch sein ungenügendes Äußeres beim Umgang mit seinen Kollegen. Der Vater des [REDACTED] soll Professor an der TU Dresden sein.